

Honnefer Volkszeitung

verbunden mit der
Amtliches Verkündigungsblatt



Honnefer Zeitung
für die Bürgermeisterei Honnef

Wahrscheinlich der höchsten Ordnungsumlauf 1.30.000. — Die Zeile infolge
Kriegs-Verhältnisse sind, haben die Bezugsstellen folgende auf Veränderung der
Bestellung oder Bestellung eines Bezugsstellen: Honnef

Wahrscheinlich der höchsten Ordnungsumlauf 1.30.000. — Die Zeile infolge
Kriegs-Verhältnisse sind, haben die Bezugsstellen folgende auf Veränderung der
Bestellung oder Bestellung eines Bezugsstellen: Honnef

Wahrscheinlich der höchsten Ordnungsumlauf 1.30.000. — Die Zeile infolge
Kriegs-Verhältnisse sind, haben die Bezugsstellen folgende auf Veränderung der
Bestellung oder Bestellung eines Bezugsstellen: Honnef

Honnef, den 21. Januar 1933

No. 28

Sittler zum Reichskanzler ernannt.

Über die rasche Ernennung

hast eine sehr wichtige, in sich das Maßstab in der Lage
sich nach den Umständen der Verhältnisse zu richten, auch
die nicht nur die Verantwortlichkeit der Regierung übernehme, sondern
auch die Verantwortung der Regierung übernehme.

Volkskanzler Sittler

vor den Zeitungsverlegern.

„Es sollen in Deutschland nicht nur Staatszeitungen herausgegeben werden!“

Honnefs einmütiges „Ja“.

Honnef, den 13. November.

Honnefs treudeutsches Ja!

Hell erklang es in die Bunde,
Brechtend den verfluchten Bann;
Von des Rheines schönem Strande

men, während sich gestern ihre Zahl mehr als verdreifachte und die
Wähler bis auf einen kleinen Rest einmütig hinter die NSDAP
sich scharten. Ein gewaltiger Erfolg!

Die Wahl spielte sich in stiller Ruhe und Ordnung ab. Jeder
Bürger wusste sich der Bedeutung des
Wahls bewusst und gab die ihm gebührende Beachtung.

Verammlung im Hotel Emunds.

Es spricht der k. Leiter des Reichsbundes der Kriegsoberführer,
Kriegsoberführer und Kriegsteilnehmer, Fg. Braun,
Koblenz. Sehr wichtig! Keiner darf fehlen!

Der Ortsgruppenführer der NSDAP.

Merle Müller Die Darstellung der Nationalsozialisten in der lokalen Presse

Eine Erarbeitung anhand von
ausgewählten Artikeln der Honnefer Volkszeitung
1923–1942



Diese Publikation beruht auf der Facharbeit von Merle Müller
im Leistungskurs Geschichte bei Frau Claudia Schwarz im Schuljahr 2019/2020,
Gymnasium Schloss Hagerhof, Bad Honnef.

Der Originaltitel lautet:

Wie veränderte sich die Darstellung der Nationalsozialisten in der Presse?

Eine Erarbeitung anhand von ausgewählten Artikeln

der Honnefer Volkszeitung zwischen den Jahren 1923 und 1942.

Geleitwort von Dr. Sven Neufert

Diese Facharbeit von Merle Müller zeigt in beeindruckender Form, was Wissenschaftspropädeutik in der Schule bedeuten kann: Beleuchtet wird ein großes Thema, aber anhand eng umgrenzter Quellen einer kleinen lokalen Zeitung. Die große Geschichte – der allmähliche Aufstieg des Nationalsozialismus und die proaktive Verstrickung der deutschen Gesellschaft in ihn – spiegelt sich wider in den Artikeln der Honnefer Volkszeitung (HVZ) zwischen 1923 und 1942. Hypothese, Quellennähe, luzides Fazit. Das ist alles gut gearbeitet und gerade in den Details Augen öffnend.

So werden die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 12. November 1933 geradezu frenetisch in der HVZ in Form eines germanisierenden Gedichts mit dem Titel „Honnefs treudeutsches Ja!“ (S. 29) kommentiert. Dieses Gedicht zeugt nicht nur von strategischer Anbiederung, sondern von echter Begeisterung. – Und dann: Nach dem Krieg wird das Wiedererscheinen der HVZ 1949 mit rheinischer Mundart und Heimatliebe besungen: „Ich sin widde doh“. Franz Josef Schneider vergleicht dieses Wiedererscheinen mit einer „Entlassung aus der Gefangenschaft“ – und Merle Müller schlussfolgert überzeugend: „[E]in grenzwertiger Vergleich, bedenkt man die Lage, dass sich 1949 immer noch Menschen in Kriegsgefangenschaft befanden und viele Soldaten nicht mehr zurückkehrten.“ (S. 37)

Diese Facharbeit entstand im Schuljahr 2019/20 im Leistungskurs Geschichte von Frau Claudia Schwarz. Wir freuen uns, dass sie in dieser Form hoffentlich nun auch einem größeren Leserkreis zugänglich wird.

Viele Erkenntnisse bei der Lektüre!

Inhalt

Geleitwort von Dr. Sven Neufert	3
0 Inhaltsverzeichnis	4
1. Einleitung	5
1.1 Hypothese	5
2.0 Analyse:	
Die Darstellung der NSDAP in der HVZ 1923–1942	6
2.1 Die Honnefer Volkszeitung (HVZ)	6
2.2 Entwicklung des Nationalsozialismus auf lokaler Ebene	7
2.3 Pressegesetzgebung der Nationalsozialisten	9
2.4 Das Jahr 1923 – Weimarer Republik	11
Samstag, 10. November 1923	11
Mittwoch, 14. November 1923	13
2.5 Das Jahr 1933 – Hitlers Machtergreifung	15
Dienstag, 31. Januar 1933	16
Samstag, 4. Februar 1933	18
Montag, 27. März 1933	18
Freitag, 30. Juni 1933	22
Samstag, 15. Juli 1933	23
Samstag, 14. Oktober 1933	24
Dienstag, 31. Oktober 1933	26
Mittwoch, 8. November 1933	27
Montag, 13. November 1933	28
2.6 Das Jahr 1942 – Zweiter Weltkrieg	31
Montag, 2. Februar 1942	32
Samstag, 9. Mai 1942	33
Dienstag, 2. Juni 1942	35
2.7 Das Jahr 1949 – Nachkriegszeit: 1949	37
Samstag, 1. Oktober 1949	37
2.8 Verlauf der sprachlichen Darstellung 1923 bis 1942	38
3.0 Fazit	41
4.0 Literaturverzeichnis	43
5.0 Anhang	45

1.0 Einleitung

In der vorliegenden Facharbeit wird der Frage nachgegangen, ob und inwieweit sich die Darstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in der Honnefer Volkszeitung (HVZ) unter der nationalsozialistischen Herrschaft geändert hat. Wie wurden die Schwerpunkte gesetzt? Gab es eine kritische Auseinandersetzung? Wie veränderte sich die Wortwahl?

Grundlage für die vorliegende Untersuchung sind vor allem Originalquellen, Ausgaben der HVZ, und zwar schlaglichtartig Artikel aus den Jahren 1923, 1933 und 1942. Bände aus den Jahren 1943 bis 1945, in denen die HVZ noch erschien, sind heute verschollen und liegen weder in originaler noch in digitalisierter Form vor. Anhand einiger ausgewählter Artikel aus den genannten Jahren rund um den Hitlerputsch, die Machtergreifung und die Kriegszeit wird das Thema vertieft. Der Einordnung in den historischen Kontext dienen Texte über den Stellenwert der NSDAP auf lokaler Ebene sowie über die Pressegesetzgebung der Nationalsozialisten (NS) und die Rolle der Medien.

1.1 Hypothese

In Geschichtsbüchern und anderen Berichten ist immer wieder die Rede davon, dass die Nationalsozialisten die Presse beeinflussten, um ihre Ideologie zu verbreiten und so die Menschen auf ihre Seite zu ziehen. Die Facharbeit geht der Frage nach, ob das auch für kleinere Zeitungen wie die HVZ gilt und diese sich ebenfalls in den Dienst des menschenverachtenden Regimes stellten.

2.0 Analyse: Die Darstellung der NSDAP in der HVZ 1923–1942

Die Presse wurde im „Dritten Reich“ vom Regime besonders beobachtet. Die Machthaber wussten, welchen Stellenwert die Medien hatten. Sie wollten sie nutzen, um ihre eigenen Vorstellungen an das Volk zu bringen und die Meinung zu kontrollieren. Sie erkannten, dass ein reines Verbot keinen Nutzen gehabt hätte. Besser war es für sie, sich die Medien zu einem gefügigen Gehilfen zu machen, also sie zu instrumentalisieren. Dies wird vor allem deutlich in der Rede vor der deutschen Presse von Joseph Goebbels zur Verkündung des „Schriftleitergesetzes“ am 4. Oktober 1933 in Berlin. Hier ein Beispiel: „Ich habe meinem Beruf als Presseemann mit Leidenschaft gedient und mit innerer Hingabe, denn ich halte es für etwas Wunderbares, seinen Willen und seine Meinung anderen Menschen aufzuzwingen durch die Klarheit des Stils und die Logik der Beweisführung.“ Den Zielen Goebbels‘ sollte auch in der lokalen Presse wie der HVZ Rechnung getragen werden.

2.1 Die Honnefer Volkszeitung (HVZ)

Die HVZ wurde gegründet 1881/1883 als Tageszeitung und amtliches Verkündungsblatt für die Bürgermeisterei Bad Honnef. Die erste Ausgabe erschien am 24. Dezember 1881 noch als Honnefer Zeitung. Ab 1883 gab es parallel die HVZ. 1886 kaufte Karl Werber die HVZ. 1890 folgte die Fusion mit der Honnefer Zeitung. Zuerst kam die Zeitung nur an zwei Tagen die Woche heraus, später dann an sechs Tagen. Sie erschien zuletzt in einer Auflage von 6.000 Exemplaren und galt als die kleinste aktuelle Tageszeitung in Deutschland. Aktuell war sie vor allem deshalb, weil sie erst morgens gedruckt und dann sofort verteilt wurde. Zwischen 1945 und 1949 stellte die Zeitung ihren Betrieb ein. Die Familie Werber leitete das Haus bis 1969. Danach übernahm Franz-Josef Kayser den Verlag. Kayser war später viele Jahre lang ehrenamtlicher Bürgermeister von Bad Honnef.

Während die Zeitung sogar bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges erschien, machten in den 1980er Jahren vor allem Umsatzeinbußen beim Anzeigengeschäft dem Blatt zu schaffen. 1989 übernahm der Bonner General-Anzeiger den Verlag. 2002 waren die wirtschaftlichen Verluste so stark, dass die HVZ zum 1. Juli ihr Erscheinen einstellte. Der Titel HVZ wird seitdem vom General-Anzeiger im Lokalteil fortgeführt.

2.2 Entwicklung des Nationalsozialismus auf lokaler Ebene

Die politische Lage in Deutschland war nach dem Ersten Weltkrieg sehr schwierig. Das Rheinland war besetzt durch die Siegermächte Frankreich, Belgien, Großbritannien und die USA. Die Zeit der Weimarer Republik war auch für das Siebengebirge geprägt von Arbeitslosigkeit und Not. 1923 lag die Arbeitslosigkeit bei 15,6 Prozent. Noch schlimmer kam es nach der Weltwirtschaftskrise 1929; der ganze Siegkreis wurde zum Notstandsgebiet erklärt.

Bad Honnef war ebenfalls von den Einschränkungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges betroffen. Zu den wirtschaftlichen Belastungen trugen insbesondere die sogenannten „Verkehrssperren“ bei, also Post- und Reisebeschränkungen. Der Tourismus, der im 19. Jahrhundert für Wohlstand gesorgt hatte, war erheblich beeinträchtigt. Zwar hatte die Zentrumspartei immer noch die meisten Anhänger im katholischen Rheinland, allerdings sollte das sich ändern. Die Arbeiter wandten sich immer mehr der SPD zu. In Bad Honnef hatte auch die KPD Zulauf. Die 1920 in München gegründete NSDAP spielte allerdings noch keine Rolle.

Dies galt auch für die Berichterstattung in der lokalen HVZ. Das erste Mal tauchte Adolf Hitler am 9. November 1923 in der HVZ auf, im Bericht über den gescheiterten Staatsstreich Hitlers und Ludendorffs. Die sogenannten Reparationszahlungen an die Sieger des Ersten Weltkriegs waren das beherrschende Thema in der HVZ. Die NSDAP war

im Rheinland zunächst nur eine kleine Splitterpartei. Dennoch gab es 1922 erste Kontakte der NSDAP auch nach Bad Honnef. Hermann Esser, später Chef der NSDAP-Parteizeitung „Völkischer Beobachter“, sprach auf einer Kundgebung auf der Insel Grafenwerth. Nach der Ermordung des Außenministers Walter Rathenau durch Rechtsradikale wurde die NSDAP zunächst in Preußen, nach dem Hitlerputsch dann in ganz Deutschland verboten. Die sogenannte „Völkische Bewegung“ war damit aber nicht beendet, sondern wurde unter anderem Namen weitergeführt. Als Hitler 1924 aus der Haft entlassen wurde, strebte er eine neue Organisation an, die 1925 in der Neugründung der NSDAP mündete.

Das Siebengebirge war danach oft Treffpunkt für Nationalsozialisten aus dem Umland, und auch Hitler und Rudolf Heß kamen nach Königswinter. Der Historiker Ansgar Sebastian Klein schreibt dazu: „Der Auftritt Hitlers in Königswinter blieb in der Ortspresse unbeachtet. Zum einen lässt sich das mit dem nicht-öffentlichen Charakter der Veranstaltung erklären, zu der die Presse sicherlich weder eine Einladung noch Zutritt erhalten hatte, zum anderen besaß Hitler im Jahre 1926 zwar einen gewissen Ruf als gescheiterter Putschist, blieb aber ansonsten eher eine Randfigur der Politik.“

1928 wurde ein NSDAP-Stützpunkt in Bad Honnef gegründet; laut Klein hätte es für eine eigene Ortsgruppe mindestens 15 Mitglieder gebraucht, ein Stützpunkt konnte auch mit weniger Mitgliedern ins Leben gerufen werden.

Ab 1929 erfolgte verstärkte Werbung durch die NS. Im selben Jahr wurde auch eine Ortsgruppe gegründet. Die HVZ fand die Versammlung allerdings nur erwähnenswert, weil die Teilnehmer „die Ungehörigkeit“ besaßen, zur „lauten Demonstration vor der Kirche gerade die Zeit der Nachmittagsandacht zu wählen“. 1929 nahm die NSDAP auch das erste Mal an den Kommunalwahlen teil und bekam in Honnef 61 Stimmen. Vor der Machtergreifung der NSDAP 1933 hatten sich noch Kommunis-

ten aus fünf Ländern in Honnef getroffen. Wenige Tage später zitierte die HVZ NSDAP-Ortsgruppenleiter Heinrich Behr, „dass die NS es nicht mehr dulden, dass die Kommunisten auf den Straßen Honnefs demonstrieren“. Kurz darauf kam es zu einem deutschlandweiten Versammlungsverbot für KPD und SPD.

Der Aufstieg der NSDAP machte auch vor Honnef nicht Halt. Im März 1933 bekam sie in Honnef schon 25,9 Prozent der Stimmen für den Gemeinderat. Jahre später sollten unter anderem Straßenumbenennungen erfolgen, und Adolf Hitler wurde am 5. April 1933 zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Die NSDAP war sozusagen bei den Honnefern „angekommen“. Nach Klein lag die NSDAP bereits bei der Reichstagswahl 1936 in Honnef bei 99,5 Prozent: „Ungültig waren im Siebengebirge lediglich 116 Stimmen, so wie 1936 war auch bei der Reichstagswahl 1938 die Zustimmung nur Formsache, das Regime war etabliert“.

2.3 Pressegesetzgebung der Nationalsozialisten

„Der Presseinfluss auf die Masse ist der weitaus stärkste und eindringlichste, da er nicht vorübergehend, sondern fortgesetzt zur Anwendung kommt“, so formulierte es Hitler schon in „Mein Kampf“. Ihren Einfluss auf die Presse machte die NSDAP ab 1933 in mehreren wichtigen Schritten fest. Zentral waren die Gründung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ (RMVP) am 13. März 1933 und das „Schriftleitergesetz“, welches im Oktober 1933 verkündet wurde und am 1. Januar 1934 in Kraft trat. Ziel war es, die öffentliche Meinung im Sinne der NSDAP zu steuern. Zentrale Figur dabei war Joseph Goebbels. Zwar behielt das Reichspressegesetz von 1874 seine Gültigkeit auch nach 1933, aber das „Schriftleitergesetz“ überlagerte die Regelung im Sinne der NSDAP. Das Gesetz regelte den Zugang zum Journalistenberuf. Redakteure wurden zu sogenannten „Schriftleitern“ und damit zu Staatsbeamten. Um diesen Beruf ausüben zu können, musste derjenige

in der entsprechenden Liste eingetragen sein. Das Gesetz sah vor, dass Schriftleiter nur sein durfte, wer die deutsche Reichsbürgerschaft hatte. Des Weiteren war die „arische Abstammung“ nötig und es war nicht erlaubt, einen „nicht-arischen Ehepartner“ zu haben. Zudem musste man über „Eigenschaften“ verfügen, „die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert“. Es war ihre Pflicht, dass sie aus der Berichterstattung „fernhalten“, was die „Kraft des deutschen Volkes“ oder den „Gemeinschaftswillen“ schwächte. Nach Heidenreich/Neitzel erzeugte dies am Ende eine Art „journalistisches Wohlverhalten“, denn wer sich nicht daran hielt, wurde vor ein Pressegericht gestellt und erhielt ein Berufsverbot.

Weitere Organe der Presselenkung der NSDAP waren die dem Ministerium untergeordneten Reichspropagandaämter und das Reichspressesamt. Von dort aus gab es tägliche Anweisungen, die veröffentlicht werden mussten. Goebbels, der in Bonn studiert hatte und eine Zeit lang in Römlichoven (heute Stadt Königswinter) gewohnt hatte, war ab 1930 Propagandaleiter der NSDAP, ab 1933 Propagandaminister. Vorher hatte er sein Glück auch als Journalist versucht, so richtig erfolgreich war er dabei nicht. Aber er wusste um die Macht der Presse, wie in der Rede zur Verkündung des „Schriftleitergesetzes“ am 4. Oktober 1933 klar wurde. In dieser sagte er, dass es „im Volk einen unausrottbaren Hang“ gebe, „das gedruckte Wort für ernster zu nehmen als das gesprochene“. Und die NSDAP wisse, „welches Instrument damit einzelnen Menschen und im weiteren Gesichtspunkt auch dem Staate an die Hand gegeben ist“. Eine „Freiheit des Geistes und der Meinung losgelöst vom nationalen und vom völkischen Interesse“ dürfe es zugleich aber nicht geben. Die Freiheit der Meinung müsse „Grenzen finden“ wenn sie dem Staat entgegenstehe. Es sei das „souveräne Recht des Staates, die öffentliche Meinung, um nicht zu sagen, zu kontrollieren, so doch wenigstens in der Gestaltung zu überwachen“.

Goebbels ging in seiner Rede sehr geschickt vor. Man wollte die Journalisten „nicht aus der Verantwortung“ entlassen, sondern sie „mit Verant-

wortung beladen“. Aber Journalisten müssten dafür „nationale und sittliche Reife“ haben, dürften nicht „Kurpfuscher“ sein, die ihre Arbeit falsch verstünden. Keineswegs dürfe „jedes gescheiterte Subjekt in der Presse landen“, „nicht jeder“ dürfe schreiben. Vielmehr gelte: „Eine große Erziehungsarbeit steht uns allen bevor. In fünf bis sechs Jahren erst werden Sie die Früchte ernten können, die Sie von diesem Gesetz zu erwarten haben.“ Damit sollte er tragischerweise Recht behalten: Sechs Jahre später hatte die NS-Propaganda ihr Ziel erreicht und Hass auf Minderheiten geschürt; die Deutschen zettelten den Zweiten Weltkrieg an.

2.4 Das Jahr 1923 – Weimarer Republik

Die politische Lage beherrschte 1923 fast alle Ausgaben der HVZ. Das Jahr 1923 in der Weimarer Republik war durch eine Krise geprägt, bei der es zu einer Inflation kam. Die Besetzung eines bis dahin unbesetzten Teils des Ruhrgebietes durch Siegermächte des Ersten Weltkrieges („Ruhrbesetzung“) war der Höhepunkt der Konflikte zwischen dem Deutschen Reich und den Siegern, vor allem Frankreich, wegen der Reparationszahlungen. Diese Atmosphäre wollte Adolf Hitler nutzen, um an die Macht zu kommen und mit einem bewaffneten Putsch die Regierung zu stürzen. Der Putsch am 8. und 9. November 1923 scheiterte, weil sich Hitlers rechtsnationale und konservative Verbündete wieder distanzieren. Hitler war zunächst auf der Flucht und wurde später vor Gericht gestellt. Nach dem Prozess und einer verkürzten Haftstrafe kam er allerdings 1924 wieder frei.

Samstag, 10. November 1923

Die Berichterstattung über den Hitler-Putsch und dessen Niederschlagung war das beherrschende Thema der HVZ am 10. November 1923

und füllte die komplette Aufmacherseite. Es wurde chronologisch berichtet über die Ereignisse in München, welche zum Sturz der Regierung hätten führen sollen. Die Überschrift „Eine Eintagsfliege“ sind Ausdruck der Meinung, dass die Geschehnisse nicht ernst zu nehmen seien. Hitler wurde damit zitiert, dass er Deutschland „wieder zum Reich der Herrlichkeit“ machen wollte; der Autor ließ keinen Zweifel an Hitlers Intentionen, berichtet darüber aber in ironischer Distanz. In den zitierten Pressestimmen auf derselben Seite wurden die Geschehnisse auch kritisch kommentiert, unter anderem in folgender Weise: „(...) es wäre Torheit zu leugnen, dass ein starker Zug nach rechts durch das deutsche Volk zieht (...). Beachten muss der politische Verstand solche Symptome, aber beherrschen lassen darf er sich nicht durch sie.“ Dies war zwar kein eigener Kommentar der HVZ, sondern stammte aus anderen Presseorganen. Allerdings zeigte die Zeitung durch das Zitieren kritischer Stimmen, dass sie auch eine kritische Einordnung zuließ.

Mittwoch, 14. November 1923

Auch in weiteren Ausgaben nach dem Hitler-Putsch waren kritische Stimmen zu den Geschehnissen und zur Person Adolf Hitler zu finden. Das deutlichste Beispiel stellte der Artikel „Hitler im Spiegel seiner Freunde“ dar. Schon die Anmoderation der HVZ war recht kritisch, denn dort war von einem „Gesinnungsgenossen“ Adolf Hitlers als Urheber des Textes die Rede, welcher sich nun aber auch von ihm abgewendet hatte. Dabei handelte es sich um Max Maurenbrecher, einen Theologen und Publizisten, der unter anderem für die deutsch-nationale Volkspartei tätig sowie in den 1920er Jahren verantwortlicher Journalist der „Deutschen Zeitung“ war. Damals hätte er es offenbar gerne gesehen, wenn Hitler erfolgreich gewesen wäre. In dem von der HVZ abgedruckten kurzen Beitrag, der auf der Titelseite an prominenter Stelle platziert war, wurde Hitler von Maurenbrecher nun besonders kritisch beschrieben. So sei er „dem Teufel der Eitelkeit verfallen“. Er selbst habe geglaubt, „seine Bewegung habe sich tot gelaufen, ihm bleibe nur der Revolver“. Seine

Hitler im Spiegel seiner Freunde.

Mitb. **Berlin**, 14. Nov. (Drahtbericht.) Ueber seinen Gesinnungsgenossen Adolf Hitler schreibt jetzt Max Maurenbräcker in der Deutschen Zeitung: Hitler sei dem Teufel der Eitelkeit verfallen. Er habe Stunden gehabt, in denen er von sich behauptete, er sei ein verbrauchter Mann, seine Bewegung habe sich tot gelaufen, ihm bleibe nur noch der Revolver. Andere hätten ihn nur noch in überhitzten, fixen Ideen des Imperators, im Schwall der großen Worte, im Taumel der Waffen und Paraden gesehen. Seine politische Führung habe zuletzt Haltung und Regierung verloren. — Und solch ein Schwächling und Hysteriker wollte in Deutschland Diktator spielen.

Berlin, 12. Nov. Hier beurteilt man die Lage in München etwa so:

Man glaubt drei Richtungen unterscheiden zu können: die nationalsozialistische, eine Richtung Kahr-Löffow, und eine durch die Bayerische Volkspartei vertretene. Die erstere scheint immer noch eine rege Tätigkeit zu entfalten. Gestern haben in München verschiedene Kundgebungen gegen Kahr, namentlich seitens der Studenten stattgefunden. Ernstere Zwischenfälle sind aber nicht zu verzeichnen.

Wie die Münchener Neuesten Nachrichten melden, wurde im Perlacher Forst ein Waffenlager der Nationalsozialisten von der Polizei entdeckt. Die Waffen wurden von der Polizei fortgeschafft.

Berlin, 12. Nov. Nach einer Meldung der Deutschen Zeitung haben die Vereinigten vaterländischen Verbände in München dem Generalstaatskommissar verschiedene Forderungen überreichen lassen, auf die sie bis Sonntagmittag Antwort verlangten. U. a. verlangten sie die Beseitigung des Ministeriums Knilling, Amnestie für die am Putsch Beteiligten sowie Aufhebung des Verbotes der aufgelösten Verbände.

Diese Meldung beweist, neben anderen Tatsachen, z. B. die unter unglaublichen Umständen vor sich gegangene Kundgebung völkischer Studenten in der Münchener Universität, daß der bayerische Radikalismus seine Sache noch nicht verloren gibt. Herr v. Kahr unterhält bekanntlich enge Beziehungen zu den sogenannten vaterländischen Verbänden.

Mitmenschen hätten ihn nur noch „in überhitzten fixen Ideen des Imperators (...) gesehen“. Hitler habe laut Maurenbrecher sogar zugegeben, dass „seine politische Führung Haltung und Regierung verloren“ habe. Diese Selbsteinschätzung Hitlers führte bei Maurenbrecher zu einem vernichtenden Urteil, das die HVZ druckte: „Und solch ein Schwächling und Hysteriker wollte in Deutschland Diktator spielen.“

Das ließ für die HVZ-Leser nur einen Schluss zu: Wenn selbst Gesinnungsgenossen wie Maurenbrecher, der ebenfalls antisemitische Positionen wie Hitler vertrat, sich von Hitler abwenden, müsse man diesen nicht für gefährlich halten und ihn folglich nicht ernst nehmen. Hitler wurde demzufolge nur als eine geschichtliche Randerscheinung eingeordnet, welcher man keine Bedeutung beimaß. Tatsächlich spielte er nach dem 14. November 1923 auch in der HVZ keine Rolle mehr. Die Zeitung kehrte zu den „alten“ Themen rund um die Reparationszahlungen zurück.

2.5 Das Jahr 1933 – Hitlers Machtergreifung

Das Jahr 1933 stand komplett unter dem Eindruck der Machtergreifung Hitlers, welche man ihm zehn Jahre zuvor auch in der HVZ nicht zutraut hatte. Im Gegensatz zu 1923 hatte Hitler zu diesem Zeitpunkt schon eine große Organisation aufgebaut. Während die NSDAP 1924 bei den Wahlen zum Reichstag nur 3 Prozent der Stimmen bekommen hatte, erhielt sie nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1930 bereits 18,3 Prozent der Stimmen. 1932 wurden die NS sogar zur größten Fraktion, und Präsident Paul Hindenburg beauftragte Hitler mit der Regierungsbildung. Das Regime ging sehr geschickt vor, indem Schlüsselstellen in Politik und Verwaltung mit Gefolgsleuten besetzt wurden; Oppositionelle wurden mit Hilfe konservativer Partner wie Bürgermeister und Chefs von Polizei und Justiz zum Rücktritt und Austausch gezwungen. Da die NS-Bewegung nicht genug „qualifizierte“ Leute hatte, vertraute sie da-

rauf, dass ihr viele Menschen folgen würden. Dies geschah auch, denn: „Ein Großteil von ihnen zeigte sich anpassungswillig, begrüßte die nationalsozialistische Gesellschaftspolitik und suchte Karrierechancen im neuen Staat – ob als Ärzte, Lehrer, Polizisten oder Finanzbeamte.“

Dienstag, 31. Januar 1933

Mit der Machtergreifung änderte sich der Stellenwert der Berichterstattung über Adolf Hitler und seine Gefolgsleute, allerdings blieben die Berichte zunächst noch recht sachlich. So wurden zum Beispiel die Verhandlungen über die Regierungsbildung von allen Seiten beleuchtet. Dazu gehörte auch die Ansicht des Zentrums, das dem neuen Kabinett „sehr stark reserviert“ gegenüberstand. Unter der Überschrift „Hitler zum Reichskanzler ernannt. Ueber die rasche Entwicklung“ berichtete die HVZ zur Regierungsbildung, dass „die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm (...) schnelle Fortschritte gemacht haben“. Zugleich ordnete die Zeitung die Geschehnisse ein und schrieb: „Zunächst ist das Kabinett Hitler noch kein Mehrheitskabinett, sondern weist starke präsidentiale Züge auf, indem es nur den Versuch macht, eine andere Partei zur Tolerierung zu bewegen.“ Komme es dazu oder zu einer festen Zusammenarbeit, werde das Kabinett nicht nur arbeiten können, sondern ein „störender Einfluss vom Parlament sei nicht mehr möglich“. Da der Autor anscheinend ein demokratisch gewähltes Parlament als „störend“ empfand und eine Auflösung für sinnvoll hielt und dann „unter Einsatz aller Mittel“ versucht werden solle, „eine klare Mehrheit der Rechten herbeizuführen“, trägt der Text hier schon eine regimenahe Handschrift. Diese Haltung wurde in den folgenden Monaten immer deutlicher.

Samstag, 4. Februar 1933

Für ein bisschen Ausgewogenheit sorgte in dieser Zeit noch die ein oder andere Reaktion der Auslandspresse. Am 4. Februar 1933 berichtete die HVZ über ein Gespräch, das die associated press (ap) mit Hitler geführt hatte. In diesem sagte Hitler, er brauche vier Jahre, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In diesem Gespräch mit der ap betonte Hitler aber angeblich auch, was für ein „friedliebender“ Mensch er sei und dass er kein Interesse daran habe, Krieg zu stiften. Genau unter diesem Artikel, welcher Hitlers Worte transportierte, gab es ein Echo der englischen Presse, in dem Hitler aber sehr schlecht wegkommt. Zum Beispiel sagten die englischen Journalisten, Hitler spreche zwar von vier Jahren, nenne aber keine Lösungen. Immerhin war es zu diesem Zeitpunkt noch möglich, sich auch in Honnef eine Meinung anhand von Einschätzungen aus dem Ausland zu bilden.

Montag, 27. März 1933

Der Artikel „Gegen die Greuelpropaganda“ ist erschienen am 27. März 1933 auf der Titelseite der HVZ. Inhalt war ein Appell des Reichsministers und Vertrauten Hitlers, Hermann Göring. Dieser appellierte an die ausländische Presse, „Greuelnachrichten“ zu unterlassen, die im Ausland über Deutschland verbreitet würden. Diese Artikel würden „erschrecken, empören und schließlich fassungslos“ machen. Zwar habe es „bedauerliche Zwischenfälle“ gegeben, aber die „Revolution in Deutschland sei eine Revolution der Disziplin“. Behauptungen, es gebe Belästigungen „von Ausländern“, wies er zurück. „Jüdische Beamte seien nur abgebaut worden, weil sie Sozialdemokraten waren“, so die Zeitung. Solange die sozialdemokratische Presse im Ausland „Deutschland verleumde, werde in Deutschland kein Wort der sozialdemokratischen Presse gedruckt“. Der „Marxismus und die Juden selbst trügen am Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland Schuld“, so der HVZ-Text. Auf derselben Seite wurde berichtet, dass in Hamburg 2000 Mark Belohnung ausgesetzt wurden für

Hitler verlangt vier Jahre.

Hitler an die Auslandspresse.

WTD, Berlin, 3. Febr. (Telegr.) Die Associated Press veröffentlicht eine Unterredung, die Reichschancellor Hitler ihrem hiesigen Hauptvertreter gab. Der Kanzler wies zunächst darauf hin, daß die Einparteiellen vierzehn Jahre lang völlig unbefristet freie Hand gehabt hätten. „Schauen Sie sich jetzt das Ergebnis an,“ so rief er aus, „geben Sie uns vier Jahre, die verfassungsmäßige Forderung eines Reichstages, und dann soll das Land über uns richten.“ Auf die Frage nach einer Erläuterung des Vierjahresplans der Regierung antwortete Hitler: „Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandareise für meine Partei vorziehen hätte wollen, so hätte ich vorprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwand sein würde, und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre. Aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen gemacht. Co ist unmöglich, das Staatsappiel logisch in den rechten Kurs zu bringen. Dazu bedarf es Zeit. Alles, was ich verlange, sind vier Jahre.“ Während fügte der Kanzler hinzu: „Denken Sie daran, daß ich laubhaftig bin, ich habe starke Nerven. Wenn ich nicht voll Entschlußkraft wäre, so stände ich heute nicht hier vor Ihnen.“

Im Anschluß an diese kurze Unterredung wurde eine Reihe von Berichtstatten der englischen und amerikanischen Presse empfangen, vor denen der Kanzler erklärte:

„Ich hoffe, die Welt weiß, was in Deutschland vorgeht. Hier kann es kein Kompromiß geben. Entweder wird in kurzem die rote Fahne des Bolschewismus aufgezogen oder Deutschland findet zu sich selbst zurück. Ich appelliere an die Weltpresse, kein vorläufiges Urteil über die Ereignisse, die jetzt ablaufen, zu fällen. Ich bitte Sie, die neue Regierung nach ihren Taten zu richten und die Taten selbst in ihrer Gesamtheit zu nehmen und nicht etwa in isolierte Teilschnitte zu zerstückeln.“ Mit erhobener Stimme fuhr er fort: „Man hat mich als einen Mann beschrieben, der klüßliche Verhandlungen gegen die fremden Staaten hält, und die Welt ist jetzt über meine Fähigkeiten erheitert. Meine Herren, ich habe niemals eine Verhandlung gehalten. Ganz im Gegenteil, meine Reden, selbst die vor zehn und zwölf Jahren, legen Zeugnis dafür ab. Jeder, der wie ich selbst die Krieg kennt, weiß, welche fürchterliche Verheerung von Energien oder vielmehr welchen Verbrauch von Kräften er bedeutet. Ueber das, was ein etwaiger zukünftiger Krieg mit sich bringen, können nur Mutmaßungen angestellt werden. Daher wünscht niemand mehr Frieden und Ruhe als ich, als das deutsche Volk. Indessen müssen wir darauf bestehen, daß wir mit den anderen Nationen gleichberechtigt sind und unseren angemessenen Platz in der Welt einnehmen, genau wie jeder Amerikaner daselbst für sein Land fordern wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Patriot für sein Land anders denkt als wir für unsern. Natürlich, mein Interesse ist auf Deutschland gerichtet.“

Englisches Echo.

Der Manchester Guardian und die Times.

London, 3. Febr. Die englische Presse beschäftigt sich am Freitag wieder sehr ausführlich mit der politischen Lage in Deutschland, wobei die Rundfunkrede Hitlers als eine Wahlrede bezeichnet und nicht als eine ernste politische Rede gewertet wird. Der liberale Manchester Guardian meint, man solle sich einmal vorstellen, wie das englische Volk eine Rede des britischen Ersten Ministers aufnehmen würde, in der er verspreche, innerhalb von vier Jahren die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und wenn er dabei nicht einmal sage, wie er das tun wolle. Das sei genau dasjenige, was Hitler einem Deutschland mit sechs Millionen Arbeitslosen versprochen habe. So etwas gebe es nur in Deutschland, wo ein großer Teil des politischen Lebens auf Gefühlsregungen und auf Aberglauben aufgebaut ist.

Die Times meint, Hitler habe in seinem „Kriegsplan“ an die Wählerwahl“ Einzelheiten seines Programms nicht geben können, weil er nachdrücklich Schwereigkeiten finde, mit der nationalsozialistischen Mehrheit im Kabinett zu einem gemeinsamen Programm zu kommen. Vergleiche mit Stalin, wie die Nationalisten zuerst mit den Faschisten zusammengingen und schließlich deren rechten Flügel bildeten, überlassen, daß das italienische Problem viel einfacher als das deutsche, und daß Mussolini ein Führer von besonderer Fähigkeit war.

Der Herrenklub.

Noch einmal die Ausschüßrede. — Der Präsident des Herrenklubs erklärt.

Berlin, 3. Febr. Der Präsident des Herrenklubs, Werner von Dönitz, hat heute, veröffentlicht folgende Erklärung zu den Ausschüßreden am Schluß:

„Englische Blätter haben die Meldung gebracht, es sei ein Marsch der Bolschewer Garrión auf Berlin geplant gewesen, um den Feldmarschall zu verdrängen, eine Regierung Hitler-Papen-Sugenberg zu ernennen. Andere ausländische Blätter haben behauptet, daß dieser Marsch zur Wiederbetreibung der Monarchie ausgeführt werden solle. Heute bringen englische Blätter die Mitteilung, daß ich an all diese Vorgänge maßgeblich beteiligt gewesen sei. Um diese Dinge, soweit sie meine Person betreffen, eingehend darzustellen, erkläre ich hiermit folgendes:

General von Schleicher soll dem Herrn Reichspräsidenten am Samstagabend vergangenen Wochs die Weisungen dargelegt haben, die seiner Ansicht nach in der Wiederbetreibung des Herrn von Papen als Reichschancellor lagen. Er soll der Auffassung gewesen sein, daß eine derartige autoritäre Regierung, die sich lediglich auf ein Heindel des deutschen Volkes stütze, eine Kampfanlage an die übrigen 90 v. H. des Volkes bedeute und daß beim unabweislichen Verdrängen und politische Kämpfe zu einer Zermürbung der Reichswehr und Polizei führen müßten. Mir persönlich wurde in den Tagen von maßgeblicher Seite die Situation so dargestellt, als ob Herr Hitler die Forderung des Herrn von Papen zur Bildung einer Regierung Papen-Sugenberg-Hitler nicht ablehnen würde und daß der Reichspräsident entschlossen sei, noch am Montag auf Grund der Ablehnung des Herrn Hitler ein autoritäres Kabinett Papen-Sugenberg zu ernennen. In einer derartigen Lösung erblickte ich eine ungeheure Gefahr für unser Vaterland und glaubte unter solchen Umständen mit allen zulässigen Mitteln, soweit sie in meinen schwachen Kräften standen, darauf hinzuwirken zu müssen, daß Herr Hitler mit der Kanzlerschaft betraut würde. Ich habe in diesem Sinne mehrere hervorragende Persönlichkeiten der NSDAP. gesprochen und bei der Gelegenheit auch meiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß man Menschen, die den Feldmarschall zu einem Schritt erregen wollten, unter Ausscheidung der NSDAP. ein rein deutschnationales Kabinett zu ernennen, am besten erheben sollte. Ich habe auch meiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arme, wenn sie bei den unabweislichen Folgen gegen 90 v. H. des Volkes aufstehen müßte, zerrieben würde und daß die Arme unter keinen Umständen in eine derartige Lage gebracht werden dürfe.

Aus diesen meinen Unterhaltungen sind unrichtige Schlässe gezogen worden, die zum Teil so aufgefaßt wurden, als hätte ich die Idee gehabt, eine Regierungsregierung Hitler-Papen-Sugenberg zu verhindern. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn durch diese meine Unterhaltungen der Entschluß des Reichspräsidenten, Herrn Hitler zum Reichschancellor zu ernennen, gefördert worden ist, so ist in der Tat das erreicht worden, was meiner Ueberzeugung nach erreicht werden mußte.

Der Berliner Sozialanzeiger teilt dazu noch mit, daß Herr von Koenigstein wegen dieser Angelegenheit vom Staatsanwalt verhaftet worden sei. In der ausländischen Presse wurde sogar berichtet, Koenigstein sei verhaftet worden. Das trifft zwar nicht zu, immerhin hat sich der Staatsanwalt mit dieser sonderbaren Angelegenheit beschäftigt.

Wenn man aus den widersprechenden Meldungen den wahren Kern herausfinden wird, so scheint die Tatsache übrigzubleiben, daß von mehreren Stellen, sowohl von Herrn von Koenigstein als auch von höheren Militärs, beim Reichspräsidenten Schritte unternommen worden sind, um die Wiederkehr des Herrn von Papen ohne Hitler zu verhindern. Das würde ein Verweis dafür sein, weshalb die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer Kanzlerschaft Papens selbst in Reichshausen und im Herrenklub verbreitet war. In übertriebener Form sind diese Warnungen auch zu den Ehren Papens und Hitlers gekommen. Die Gerüchte, die sich dann um diese Vorgänge bildeten, haben offenbar zur Verschleierung der Verhandlungen zwischen Papen und Hitler beigetragen. Dieser überzürige Mißbrauch soll auch einer der Gründe sein, warum die Kabinettsomache keine Zeit mehr fanden, mit dem Zentrum zu verhandeln. Der Hauptgrund für diese Unterlassung liegt natürlich auf anderem Gebiet.

Gegen die Greuelpropaganda.

Appell Görings an die ausländische Presse.

BRN, Berlin, 25. März. Reichsminister Göring empfing heute die Vertreter der ausländischen Presse, um noch einmal mit aller Deutlichkeit den Greuelnachrichten entgegenzutreten, die im Auslande über Deutschland verbreitet sind.

Wenn man die ausländische Presse der letzten Wochen lese, führe der Minister aus, dann könnte es als Deutscher zunächst erschrecken, dann empört und schließlich satzunglos werden. Die nationale Revolution sei im Gegensatz zu der Revolte von 1918 eine Revolution der Disziplin. Gemäß seien einige bedauerliche Zustände vorgekommen. Jetzt wolle sich der Aufbau in Ruhe und Sicherheit. Auch der Weltkrieg müsse man allerdings glauben, man wie in Berlin in Blut. Die Berichte über Schändungen jüdischer Friedhöfe, Synagogen und anderer Gebäude seien nichts als maßlose Entstellungen und Lüge. Nichts sei geschehen, als das einige Leute aus ihren Stränden abseilen und das einige tausend Kommunisten von der Polizei verhaftet worden seien. Die Verhafteten würden genau so behandelt wie andere Gefangene. Die Regierung werde es niemals dulden, daß ein Mensch nur deshalb irgendwelchen Verlogenungen ausgesetzt werden sollte, weil er Jude sei.

Minister Göring wachte sich dann weiter gegen die Gerüchte über Verhaftung von Ausländern. Wo etwas Derartiges passiert sei, sei ebenfalls sofort eingegriffen worden, seit über einer Woche sei überhaupt kein Fall irgendeiner Verhaftung bei der Polizei gemeldet worden. Den Verbänden seien so rigoreuse Strafbestimmungen gegeben worden, daß Verhaftungen vollkommen ausgeschlossen seien. Dann unterrichtete Minister Göring noch einmal, daß der jüdische Geschäftsmann in Ruhe seinen Geschäften nachgehen könne. Jüdische Beamte seien nur abgebaut worden, weil sie Sozialdemokraten waren. Heute sei noch eine ganze Reihe Juden in Staatsstellungen.

Minister Göring erwähnte noch einmal, was er in diesen Tagen bereits der sozialdemokratischen Parteiführung gesagt habe. Solange die sozialdemokratische Presse in Skandinavien und im übrigen Ausland Deutschland verleumdete, werde in Deutschland kein Wort von der sozialdemokratischen Presse gedruckt werden. Aber nicht nur der sozialdemokratische Sozialismus, sondern auch die Juden selbst trügen an dem Verleumdungskampagne gegen Deutschland Schuld. Der Minister erinnerte an die Vitzthumsbediene und Protestkundgebungen, die in Amerika stattfanden. Aber die Sozialdemokratie wie die Judenchaft des Auslandes ermögen ihren Genossen in Deutschland sicher einen außerordentlich schlechten Dienst mit der Verleumdungskampagne gegen einen Staat, der die Juden schützt habe.

Zusammenfassend erklärte Minister Göring noch: Die Reichsregierung und die preussische Regierung haben in Deutschland eine reichhaltige geistliche für irgendeinen Teil des deutschen Volkes. Die Reichsregierung wie die preussische Regierung sind bestrebt, jedes Mittel zu ergreifen, um Justiz, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Vielleicht werde die Welt es doch einmal Deutschland danken müssen, daß die humanistische Welle auf deutschem Boden zum Erstland gebracht und die abendländische Kultur gefördert worden sei.

Die Ausführungen Minister Görings fanden außerordentlich starken Beifall der ausländischen Journalisten. Eine Anzahl von ihnen erhielt besondere Ausweise, um die Gefängnisse zu besichtigen und sich durch eigenen Augenzeugen zu überzeugen, wie verlogen die Greuelnachrichten über die politischen Gefangenen sind.

Telegramm des Vizelandes

an die Deutsch-Amerikanische Handelskammer in New York.

Berlin, 25. März. Auf eine telegraphische Anfrage der Deutsch-Amerikanische Handelskammer in New York betreffend angebliche Lieberbriefe gegen amerikanische Geschäftsinteressen und sonstige Verschönerungen des Bismarckianismus von Barmen heute in einem ausführlichen Antwortbrief beantwortet, daß diese Nachrichten jeder Begründung entbehren. Das Geschichtsbild verlaufe durchaus normal, und irgendwelche Klagen über Beeinträchtigungen amerikanischer Interessen seien auch von der höchsten amerikanischen Handelskammer nicht gemeldet worden. Bismarckianer von Barmen nimmt dann weiter scharf Stellung gegen die im Auslande verbreiteten Greuelmeldungen und betont, daß die nationale Revolution, deren Ziel sei, Deutschland von schwarzem Kommunismus freizusetzen, zu führen, sich in bemerkenswerter Ordnung vollzogen habe. Gemäß seien einige beklagenswerte Lieberbriefe vorgekommen, die aber noch der scharfen Erklärung des Reichskanzlers vom 12. März unterlägen seien. Hunderttausende von Juden seien in Deutschland völlig unbefehligt, und der Betrieb zahlreicher jüdischer Geschäfte und Bergbauunternehmen normal und ungehindert. Die in Amerika verbreiteten angeblichen Nachrichten stammten offenbar aus Quellen, die ein hohes Interesse daran haben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika zu vergiften und die nationale Regierung, obwohl sie sich auf die Mehrheit des deutschen Volkes stütze, bei dem amerikanischen Volke systematisch zu diskreditieren.

daß die Bonhottbewegung gegen die irdenheiten amerikanischen Interessen verstoße, insbesondere angeht der starken altindischen Handelsbilanz der Vereinigten Staaten und der mit Sicherheit zu erwartenden deutschen Gegenmaßnahmen. Wir haben bisher nicht festgestellt, was erwarten wir Eingriffe gegen Berlin oder gegen amerikanische Firmen oder Staatsangehöriger infolge politischen Umfahrungen in Deutschland.

Darüber hinaus haben die Amerikanische Handelskammer in Deutschland und die ihr nachbetreffenden Kreise Fühlung mit maßgebenden Stellen genommen, um ihre Dienste dafür zur Verfügung zu stellen und darauf hinzuwirken, daß ein unerschütterlicher Bericht über Deutschland dem amerikanischen Volk möglichst bald ein wahres Bild von den tatsächlichen Verhältnissen und Vorgängen in Deutschland gegeben wird. Wenn auch die in Deutschland lebenden Amerikaner der Ansicht sind, daß hinter diesen Verlogenheiten in Amerika lediglich bestimmte Kreise stehen, die sich hierbei der Sensationspresse bedienen haben, so halten sie es doch in ihrer Sorge für die Aufrechterhaltung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern für dringend wünschenswert, daß mit sanftmütiger Beschränkung alles geschieht, um solchen Verlogenheiten in ihren Anfängen entgegenzutreten.

Mehrere Telegramme sind von der Berliner Zentrale und anderen Zweigstellen der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland abgegangen worden.

Eine Prämie von 2000 Mark.

Gegen die Greuelpropaganda im Auslande.

BRN, Hamburg, 25. März. Um der im Auslande betriebenen bewussten Verfälschung der nationalen Bewegung in Deutschland zu begegnen, die u. a. zu der Greuelmeldung über die angebliche Abschichtung von 1400 Menschen in Hamburg führte, hat sich der Verlag der Hamburger Nachrichten verpflichtet, demjenigen einen Betrag von 2000 Mark zu zahlen, der den Nachweis führt, daß in den letzten zwei Wochen nach dem Austritt der nationalen Regierung in Hamburg auch nur ein einziger Staatsbürger jüdischen Glaubens hingerichtet oder ermordet worden sei.

Abwehr durch die Kaufmannschaft.

BRN, Bremen, 25. März. Die Handelskammer Bremen teilt mit: In der Öffentlichkeit ist bereits von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß es gegenwärtig eine nationale Willkür ist, in der kaufmännischen Korrespondenz mit dem Auslande aus eigenen Briefen und nachbezeichnet darauf hinzuweisen, daß die in der ausländischen Presse meistens verbreiteten Greuelmeldungen aus Deutschland unrichtig und erlogen sind, daß die Erneuerung Deutschlands sich in musterbildiger Ordnung vollzogen hat und die Reichsregierung den besten Willen hat, irgendwelche Verlogenheiten der nationalen Revolution durch einzelne zu verhindern.

Die Handelskammer Bremen richtet daher an die kaufmännischen Kreise der Stadt Bremen die Aufforderung, daß ein jeder zu seinem Teile daran mitarbeite, um die von in- und ausländischen Kreisen gegen das neue Deutschland im Auslande entfesselte und für den deutschen Kaufmannschaft besonders gefährliche Greuelpropaganda schnellstens zu unterdrücken.

Eine vernünftige französische Stimme.

BRN, Paris, 25. März. Petit Journal veröffentlicht einen Artikel über die politische Lage in Deutschland. In diesem Artikel heißt es unter anderem, in Deutschland habe sich eine lednische und eine rationale Revolution vollzogen. Vielleicht noch nie sei das Leben in Berlin und in der Provinz so friedlich und normal gewesen wie gerade jetzt. Wenn man von einer gewissen nervösen und unbestimmten Beunruhigung absehe, so scheint die Existenz des Durchschnittsdeutschen ruhiger geworden zu sein denn je. Sogar der Gegner der Regierungsmaßnahmen habe, wenn er nicht gerade den extremistischen Parteien angehöre und wenn er auf die freie Meinungsäußerung vollkommen verzichte, nichts zu befürchten. All das sei lediglich durch einige durchgreifende Polizeimaßnahmen bewirkt worden. Gegenwärtig könne man sich nach der Weltbild über die Ergebnisse machen, die die Regierung Hitler erzielen werde. Eventuell werde die deutsche Revolution keine so blutigen Auswirkungen wie die sowjetrussische oder die marxistische Revolution.

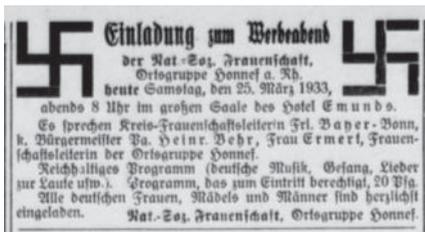
Im übrigen zeigt ein Bild in die Weltpresse, daß die staatsmännliche Hitlerregie bei der Eröffnung des Reichstages in der ganzen Welt einen überaus starken Widerhall gefunden hat. Der Name Hitler genügt bereits heute Weltberühmtheit. Wie keiner seiner Vorgänger in den letzten vierzehn Jahren hat er es verstanden, auch die Ungehörigen von der notwendigen Neuordnung des Deutschen Reiches zu überzeugen. Die englischsprachige Presse erkennt dies rückhaltlos an. Auch die natürlich miträufende Presse Frankreichs kann nicht umhin, dem Stangle ihre Bewunderung auszusprechen und festzustellen, welches Maß von Vertrauen der Staatsmann Hitler sich bereits in der Welt erworben hat.

Die Auswirkungen von Görings Erklärungen in England.

BRN, London, 25. März. Die Erklärungen, die Reichsminister Göring gestern vor einem Teil der Berliner Auslandskorresponden-

denjenigen, der beweisen konnte, dass an den „Gerüchten“ um die „angebliche Abschaltung von 1400 Menschen“ etwas dran sei. Dabei ging es um Übergriffe auf jüdische Bürger.

Während am 4. Februar 1933 noch kritische Stimmen der Auslandspresse abgedruckt wurden, gab es diese Stimmen ab dem 27. März nicht mehr in der HVZ. Unter der Überschrift „Eine vernünftige französische Stimme“ fand vielmehr das Gegenteil statt. Das „Petit Journal“ wurde zitiert damit, dass es in Deutschland „noch nie so friedlich und normal gewesen“ sei wie „gerade jetzt“. Die HVZ kommentierte dies sogar noch deutlicher. Sie schrieb, der Name Hitler „genieße bereits heute Weltautorität“. Parallel dazu tauchten jetzt auch vermehrt Anzeigen der örtlichen NS auf, welche zu Veranstaltungen luden.



HVZ vom 25. März 1933, S. 6

HVZ vom 27. April 1933, S. 4

Diese Entwicklung setzte sich stetig fort. Unter anderem wurde am 27. Mai 1933 mit einer ganzen Seite über das Jubiläum des Stahlhelms im Siebengebirge geschrieben. Beim Stahlhelm handelte es sich um einen Wehr- und Reservistenverband, der nicht nur national, sondern auch antidemokratisch und antisemitisch einzustufen war; Hitler machte sich den Verband erst zunutze; später, 1935, löste er ihn auf. Der nationalistische Stahlhelm bekam einen lokalen Aufmacher, während Übergriffe der NS auf Andersdenkende lediglich in einem kleinen Artikel auf Seite 3 thematisiert wurden: „Kommunistische Umtriebe werden unterbunden“, hieß es dort.

Freitag, 30. Juni 1933

Welche Richtung sich die NS für die Zeitungen vorstellte, wurde bereits vor der Verabschiedung der Pressegesetze deutlich. Überschrift und Inhalt des Textes widersprachen sich hierbei sogar teilweise. Am 30. Juni 1933 berichtete die HVZ unter der Überschrift „Volkskanzler Hitler vor den Zeitungsverlegern“: „Es sollen in Deutschland nicht nur Staatszeitungen herausgegeben werden!“ Darin hieß es, dass sich die Presse hinter die neue Regierung stellen müsse, um Deutschland und sich selber zum Erfolg zu bringen. Also ging es darum, die Presse auf die Politik einzuschwören. „Der Aufbau werde schwer sein, aber die deutsche Verleger-schaft sei bereit, jedes Opfer zu bringen“, so der Artikel am Ende.

Volkskanzler Hitler vor den Zeitungsverlegern.

„Es sollen in Deutschland nicht nur Staatszeitungen herausgegeben werden!“

224 Berlin, 28. Juni. Reichskanzler Hitler erschien heute vormittag aus Anlaß der ersten Sitzung des neugewählten Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger im Pressehaus. In seiner Ansprache führte der Kanzler u. a. aus, er betrübe es, daß die deutsche Verlegerchaft gemüßt sei, auf den Boden des neuen Deutschland zu treten. Je schneller der Uebergangszustand der Vereinerung der Verhältnisse beseitigt werde, um so schneller und fester würde die deutsche Wirtschaft und damit das nationale Zeitungsgewerbe wieder in Ordnung kommen. Es sei nicht beabsichtigt, eine nur Staatszeitungen in Deutschland herauszubringen, was seinen sonstigen wirtschaftlichen Auffassungen völlig widersprechen würde, aber man müsse selbstverständlich jedem einzelnen die Pflicht aufzulegen, daß er im Sinne der großen weltanschaulichen Visionen mitarbeite. Es sei selbstverständlich, daß auf die Dauer gehen die Zeitungen als wirtschaftliche Unternehmung genau so eine gesunde, allgemeine, wirtschaftliche Grundlage brauchen wie jedes andere Unternehmen auch, daß aber eine gesunde Wirtschaft nur dann entstehen könne, wenn endlich die politischen Streitigkeiten entschieden seien. Die Wästel seien nun gefallen, und er danke den Zeitungsverlegern, daß sie selbst bereit seien, diese Entscheidung anzuerkennen.

Je mehr sich das ganze Deutschland hinter diese Entscheidung stelle, um so mehr werde das feste Fundament geschaffen, auf dem man die Wirtschaft wieder aufrichten könne.

Die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet seien bisher nicht vergeblich gewesen. 17 Millionen Menschen seien bisher wieder in die Betriebe zurückgeführt, davon mindestens 700 000 über die normale Sommerliche Aufnahmestruktur hinaus. Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit beginne erst jetzt und werde mit immer größerer Energie geführt. Er sei überzeugt, daß dieses Problem abläut gemeinlich und gelöst werde. Zuvor müsse allerdings das politische Problem endgültig gelöst werden, das jetzt zur Ausprache stehe: Ueberwindung des Parteihaftes der Vergangenheit.

Vor der Rede des Reichskanzlers führte nach der persönlichen Vorstellung der Mitglieder des Präsidiums der Vorsitzende Generaldirektor Stadthal Mann, RDA, München, in seiner Begrüßungsansprache an den Reichskanzler u. a. aus:

Der Gesamtanstand des Vereins habe sich in Erkenntnis der Bedeutung der Stunde umgebildet und stünde gespalten hinter der Reichsregierung. Die marxistischen Zeitungen seien vernichtet. Die 2000 Tageszeitungen aber, die heute in Deutschland noch erscheinen und deren Vertretung der Verein Deutscher Zeitungsverleger bilde, stünde tren hinter dem Volkskanzler Adolf Hitler. Der Deutsche Zeitungsverleger habe es nicht leicht gehabt in den Jahren der Novemberrevolution, der Inflation wie der ganzen Nachkriegszeit. Tausende von Erzeugnissen seien vernichtet. Der Aufbau werde schwer sein, aber die deutsche Verlegerchaft sei bereit, jedes Opfer zu bringen.

HVZ vom 30. Juni 1933, S. 1

Samstag, 15. Juli 1933

Am 15. Juli 1933 verkündete die HVZ an prominenter Stelle auf Seite 1, dass der „Hitler-Gruß“ nun der allgemeine „deutsche Gruß“ sei. Auf derselben Seite etwas kleiner und nicht fett gedruckt erfuhren die Leser, dass sogenanntes „volks- und staatsfeindliches Vermögen“ eingezogen werde. Dabei handelte es sich um Geld der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei. Eine kritische Einordnung fehlte auch hier. Im selben Zeitraum, also nach der Reichstagswahl im März, bei welcher die NSDAP 43,9 Prozent erzielte, war bei Hitler nicht mehr die Rede vom Kanzler, sondern vom „Führer“.



HVZ vom 15. Juli 1933, S. 1

Volks- und staatsfeindliches Vermögen.

EMB. Berlin, 14. Juli. (Telegr.) Das heute von der Reichsregierung verabschiedete Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens sieht folgendes vor:

Die Vorschriften des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 finden auf Sachen und Rechte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Hilfsorganisationen sowie auf Sachen und Rechte, die zur Förderung marxistischer oder anderer, nach Feststellung des Reichsministers des Innern, volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind, Anwendung. Die Entscheidung darüber, was als volks- und staatsfeindliche Bestrebung anzusehen ist, trifft der Reichsminister des Innern. In der Begründung zu diesem Gesetz heißt es, daß es nicht genügt, wenn das sozialdemokratische Vermögen vorübergehend von der Polizei beschlagnahmt wird. Es muß der staatsfeindlichen Verwendung auf die Dauer entzogen werden.

HVZ vom 15. Juli 1933, S. 1

Samstag, 14. Oktober 1933

Die Gleichschaltung der HVZ zog sich wie ein roter Faden durch das gesamte Jahr 1933. Die Lobeshymne auf den strammen NS-Mann Heinrich Behr, der am 24. August 1933 in Honnef zum Bürgermeister gewählt wurde, endete mit den Worten „Sieg Heil“. Behr wurde zwar später wieder abgesetzt; die Gründe dafür lassen sich jedoch anhand der Zeitung nicht recherchieren.

Nach seiner Wahl wurde Behr in der HVZ als Mann gelobt, der seine Vaterstadt unter anderem „von den roten Totengräbern“ befreit habe. Im Bild gezeigt wurde er mit dem Hakenkreuz auf dem Arm. Am 14. Oktober 1933 wendete er sich in einem langen Text auf der Titelseite an die Bürger Honnefs. Grund waren die bevorstehenden Feiern zur Grundsteinlegung eines Separatistendenkmals in Aegidienberg. Hier hatte eine Bürgerwehr im November 1923 mit Milizen rheinischer Separatisten gekämpft und sie vertrieben. Bei den geplanten Feierlichkeiten zu Ehren

der Honnefer Abwehrkämpfer wurden hohe NS-Funktionäre erwartet. An Behrs Gesinnung konnte mit einem Blick auf seinen Brief, der von der HVZ eins zu eins abgedruckt wurde, kein Zweifel bestehen. Unter der Überschrift „Volksgenossinnen und Volksgenossen. Mitbürger der Stadt Bad Honnef!“ schrieb Behr, dass „der Deutsche alles kann, wenn er in Haupt und Gliedern einig ist“. Behr: „Hohe und höchste Beamte unseres Dritten Reiches und unserer herrlichen Bewegung weilen für

Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Mitbürger der Stadt Honnef!

Am Vorabend der Feierlichkeiten zur Grundsteinlegung des Ehrenmals für die Abwehrkämpfe gegen den verruchten Separatismus in der Zeit schwerster seelischer und wirtschaftlicher Not des ganzen deutschen Volkes halte ich es für meine Pflicht, meinen Mitbürgern von ganzem Herzen zu danken für die opferbereite Hilfe, die mir aus allen Teilen der städtischen Bevölkerung, und ganz besonders der handarbeitenden Schichten des Volkes bei den Vorbereitungen zu diesem Feste zuteil geworden ist. Das soll meinen Mitbürgern und besonders den Arbeitern am Straßenbau nach dem Himmerich nicht vergessen werden. Nur durch das opferbereite Mitangreifen Aller ist es überhaupt möglich gewesen, in der kurzen Zeit weniger Wochen diese Riesenarbeit zu leisten. Dieses Beispiel edelster Volksgemeinschaft beweist aufs Neue, daß der Deutsche alles kann, wenn er in Haupt und Gliedern einig ist.

Und so wollen wir nun auch nach der harten Arbeit der Vorbereitungen selbst mit frohem Herzen in das Fest hineingehen. Hunderttausend deutscher Volksgenossen kommen in unsere Stadt, um teilzunehmen an einer erhebenden Feier, die auch bis zum Ende glücklich zu gestalten unsere letzte Aufgabe ist. Ich fordere daher von Ihnen allen für die Feierstunden selbst ein Höchstmaß von Selbstzucht und Disziplin. Zeigen wir den Besuchern unserer schönen Stadt, daß wir ihrer würdig sind. Bereiten wir ihnen die Stunden ihres Aufenthalts zu einem wirklichen Fest, so daß jeder die Gewißheit mit nach Hause nimmt, einen Tag reinsten rheinischer Freude erlebt zu haben. Jeder Fremde muß es selbst hier erleben, daß der Rhein deutsch ist und daß er deutsch bleiben wird. Seien Sie alle eingedenk, daß die ganze Zukunft unserer schönen Heimastadt auf dem Fremdenverkehr aufgebaut bleiben wird und daß sie alle, die Hunderttausende, einmal wieder zurückkehren werden, um auch Tage der Ruhe und Erholung bei uns zu suchen, wenn wir ihnen heute Stunden der Freude bieten.

Hohe und höchste Beamte unseres Dritten Reiches und unserer herrlichen Bewegung weilen für Stunden unter uns, eine Ehre, der die ganze Bürgerschaft sich würdig zeigen muß. Zeigen wir, daß die ganze Stadt nationalsozialistisch ist. Darum in allen Stücken: Ordnung, Selbstzucht und Disziplin, und das Fest muß gelingen.

Heil Hitler!

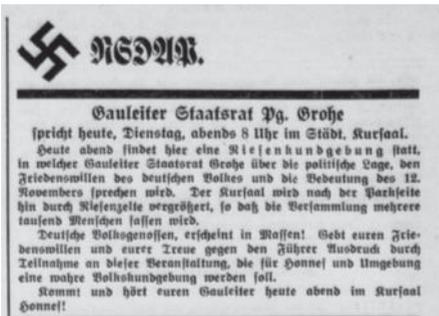
Behr, t. Bürgermeister

HVZ vom 14. Oktober 1933, S. 1

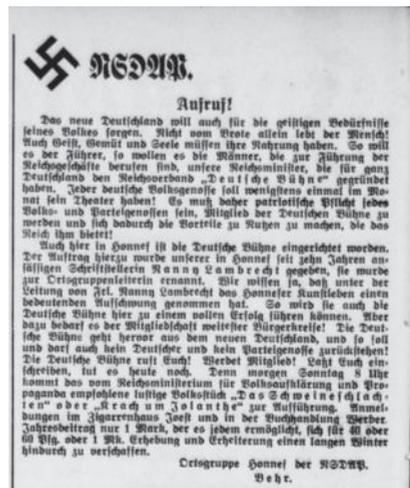
Stunden unter uns, eine Ehre, der die ganze Bürgerschaft sich würdig zeigen muss. Zeigen wir, dass die ganze Stadt nationalsozialistisch ist. Darum in allen Stücken: Ordnung, Selbstzucht und Disziplin, und das Fest muß gelingen. Heil Hitler!“ Die HVZ-Journalisten druckten den Text ab, kommentiert wurde das nicht.

Dienstag, 31. Oktober 1933

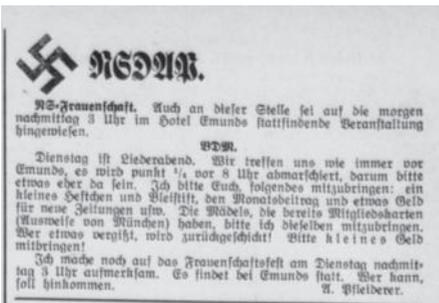
Ab dem 31. Oktober 1933 gab es täglich Bekanntmachungen der örtlichen NSDAP über Veranstaltungen, bei denen es Pflicht war teilzunehmen.



HVZ vom 31. Oktober 1933, S. 5



HVZ vom 2. Dezember 1933, S. 2



HVZ vom 6. November 1933, S. 3

Mittwoch, 8. November 1933

Vor der Reichstagswahl am 12. November 1933, mit der auch die Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund abgestimmt wurde, gipfelte die Gleichschaltung der HVZ in einer Wahlempfehlung an die Leser. Bei der Volksabstimmung war immerhin noch ein Ja oder Nein möglich. Anders bei der Wahl zum Reichstag: Diese war alles andere als frei und demokratisch, es gab nur noch eine Liste, und zwar die der NSDAP als nationalsozialistische Einheitsliste. Dass die HVZ den Wahlschein mit dem Kreuz an der „richtigen“ Stelle abdruckte, sprach allerdings auch eine deutliche Sprache über die Gefolgschaft der Zeitung. Laut dem Historiker Ansgar Sebastian Klein waren übrigens auch nicht alle Leser glücklich damit. 23,3 Prozent der Wahlberechtigten gingen nicht zur Wahl oder machten ihre Wahlzettel ungültig.

Wie wähle ich?

Bei dieser Wahl erhält jeder Wahlberechtigte einen **g r ü n e n** und einen **w e i ß e n** Stimmzettel. Der grüne Wahlzettel ist für die Volksabstimmung und der weiße für die Reichstagswahl bestimmt.

Der Wähler hat bei der Volksabstimmung auf den **g r ü n e n** Stimmzettel in den Kreis unter dem vorgedruckten „Ja“ sein Kreuz einzusetzen. Der Kreis unter dem „Nein“ bleibt frei.

Auf dem Stimmzettel für die **R e i c h s t a g s w a h l** wird in den Kreis hinter dem Namen der **Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei** ein Kreuz eingezeichnet.

Beide Stimmzettel werden in einem Umschlag abgegeben.

So sehen die Stimmzettel aus, wenn du richtig gewählt hast!

<p>Willst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik Deiner Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich jederzeit zu ihr zu bekennen?</p>	
<p>Ja</p> <div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 40px; margin: 0 auto; display: flex; align-items: center; justify-content: center;">✕</div>	<p>Nein</p> <div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 40px; margin: 0 auto; display: flex; align-items: center; justify-content: center;">○</div>

<p>Reichstagswahl Wahlkreis . . .</p>	
<p>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) Adolf Hitler</p> <p>Rudolf Hess, Dr. Wilhelm Frick, Hermann Göring, Dr. Joseph Goebbels, Genl. R. Dhm., R. Walther Darré, Franz Seidte, Franz von Papen, Alfred Hugenberg.</p>	<div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 40px; display: flex; align-items: center; justify-content: center;">✕</div>

HVZ vom 8. November 1933, S. 5

Montag, 13. November 1933

Wie nicht anders zu erwarten, war der Wahltag ein Erfolg für die NSDAP. Die HVZ berichtete am 13. November 1933 unter der Überschrift „Bekennnis des deutschen Volkes zum Nationalsozialismus“ über die Ergebnisse der Wahl. Demnach entfielen 92,9 Prozent der Stimmen auf die NSDAP bei einer Wahlbeteiligung von 95,2 Prozent. Dass es keine andere Wahlmöglichkeit gab, wurde dabei natürlich nicht erwähnt. Stattdessen schrieb die Zeitung: „Die Einigung des deutschen Volkes ist damit in einem Maße vollzogen, wie noch nie in seiner 2000-jährigen Geschichte.“ Es gebe „Riesenbegeisterung vor der Reichskanzlei“. Vom „Wunder der deutschen Volkswendung“ und davon, dass „der Kampf der NSDAP seine Krönung“ gefunden habe, war die Rede.

Dasselbe Bild ergab sich für die Berichterstattung im Lokalteil. Die HVZ schrieb von „Honnefs einmütigem Ja“ zur NSDAP und dass die Wähler dem „Volkskanzler Hitler ein hundertprozentiges Ja“ entgegenriefen. Laut HVZ gab es in Honnef bei der Reichstagswahl 5667 Stimmen für die NSDAP, 574 Stimmen waren ungültig; die Wahlbeteiligung der 6149 Wahlberechtigten lag bei 96,3 Prozent. Ob die Zahlen stimmen, kann man im Nachhinein schwerlich feststellen.

Honnets einmütiges „Ja“.

Honnef, den 13. November.

Honnets treudeutsches Ja!
Soll erlähm es in die Hande,
Wachend den verschlungenen Mann:
Von des Rheines schümem Strande
Zu des Schwarzwalde dunklen Tann,
Durch des Eichwalde knorrige Riesen
Nahm es löbend seine Bahn,
Schwelle ob den Weserwiesen,
Die Armin als Sieger sah'n.
Unbehindert, ob's der schwelie
Blick des Nachbars gerne sah,
Flammte aus der deutschen Kehle
Dieses trotzig, heilige „Ja“.

Ja — wir wollen wieder glauben
An die Zukunft unbedrückt;
Ja — wir lassen uns nicht rauben,
Was nach Rechten uns gehört;
Ja — wir sind aus stolzem Stamme,
Uns gebührt des Mannes Wehr;
Ja — wir hüten heilige Flamme
Vor dem Herd der Väter her;
Ja — als Feind von Störenfriedern
Stiller Arbeit keh'n wir da;
Ja — wir woll'n den Völker-Frieden
Als ein Volk der Freiheit — Ja.
Was wir mit erhob'n Händen
Rufen, daß es schallt und gellt,
Von der deutschen Berge Wänden
Wirt's das Echo in die Welt.
Ungebrochen erreicht's auch jene,
Die — Ihr toten Brüder wüßt! —
An der Ebene, an der Seine
Nachten un'res Bruderswüßt's.
Und die zaudernd sich verweisen
Auf des Sieges erzwung'nes Recht,
Müssen's glauben und begreifen:
Dieses „Ja“ ist stark und echt.

Dlogenes.

Das war gestern ein Wahltag, wie ihn Honnef noch nicht erlebt hat. 96,3 Prozent aller Wahlberechtigten erschienen an der Wahlurne, ein Ergebnis also, das einer sozusagen reiflosen Wahlbeteiligung gleichkommt. Schon in den ersten Vormittagsstunden wurde der Wahlpflicht genügt, ein Zeichen, daß es den Wählern ernst war mit dem Wählen und daß sie selbst das unermessliche Schlangengessen gern in Kauf nahmen, wo es galt, sich zur Politik der Reichsregierung mit einem kräftigen Ja zu bekennen. Und wie erhebend und musterbildend hat Honnef die Politik des Reichskanzlers Hitler bejaht! 6067 Ja-Stimmen brachte es aus, das sind 96 Prozent aller abgegebenen Stimmen, aber, wenn man berücksichtigt, daß 448 Wähler auf Stimmscheinen hier mitwählten, so kann man wohl sagen, daß Honnef selbst gestern dem Reichskanzler Hitler 100prozentig „Ja“ entgegenrief.

Ein einmütiges Bekenntnis zur Politik der Reichsregierung also. Ebenso stolz kann sich das Ergebnis der Reichstagswahl sehen lassen. 5767 Stimmen entfielen auf die NSDAP, das sind 91 Prozent aller abgegebenen Stimmen, also auch bei dieser Wahl fast völlige Einmütigkeit. Am 5. März erzielte die NSDAP in Honnef 1813 Stimmen, das waren damals knapp 30 Prozent aller Stim-

men, während sich gestern ihre Zahl mehr als verdreifachte und die Wähler bis auf einen kleinen Rest einmütig hinter die NSDAP sich scharten. Ein gewaltiger Erfolg!

Die Wahl spielte sich in völliger Ruhe und Ordnung ab. Jeder Volksgenosse und jede Volksgenosin war sich der Bedeutung des Tages bewußt, und noch nie hat man wohl die Wähler mit solch innerer Begeisterung zur Urne eilen sehen, wie gestern, wo es galt, der Regierung Hitler das Vertrauen zu bekunden. Und eine überwältigende Vertrauenshebung für die Regierung Hitler — nicht anders kann man das gestrige Wahlergebnis bezeichnen.

Elftig hat neben dem NSDAP, das den ganzen Tag über mit den zur Verfügung gestellten Autos den Kranken das Wählen ermöglichte, auch besonders unsere Hitlerjugend an der Aufrüttelung der Bevölkerung mitgewirkt. Am frühen Morgen und am Nachmittag zogen sie durch die Straßen, und mit Trommelwirbel und Sprechchor mahnten die Jungen die Wähler an ihre vaterländische Pflicht.

Das Gesamtergebnis

Stimmberechtigt 6149. Zahl der abgegebenen Umschläge 6353. Auf Stimmscheine wählten 448. Wahlbeteiligung 96,3 Prozent.

Volksabstimmung:

Ja 6067, Nein 161, ungültige Stimmen 123.

Reichstagswahl:

NSDAP. 5767, ungültige Stimmen 574.

Auf die einzelnen Bezirke

verteilt sich das Ergebnis wie folgt:

Bezirk 1 (Sehfor).

Stimmberechtigt 1821, Zahl der abgegebenen Umschläge 1858. Auf Stimmscheine wählten 80. Wahlbeteiligung 97 Prozent.

Volksabstimmung: Ja 1736, Nein 71, ungültige Stimmen 51.

Reichstagswahl: NSDAP. 1695, ungültige Stimmen 163.

Bezirk 2 (Hotel Emunds).

Stimmberechtigt 1773, Zahl der abgegebenen Umschläge 1854. Auf Stimmscheine wählten 161. Wahlbeteiligung 96 Prozent.

Volksabstimmung: Ja 1765, Nein 47, ungültige Stimmen 42.

Reichstagswahl: NSDAP. 1643, ungültige Stimmen 211.

Bezirk 3 (Hotel Stein).

Stimmberechtigt 1657, Zahl der abgegebenen Umschläge 1678. Auf Stimmscheine wählten 92. Wahlbeteiligung 95 Prozent.

Volksabstimmung: Ja 1619, Nein 34, ungültige Stimmen 21.

Reichstagswahl: NSDAP. 1516, ungültige Stimmen 154.

Bezirk 4 (Röhndorf).

Zahl der abgegebenen Umschläge 963. Auf Stimmscheine wählten 106. Wahlbeteiligung 96 Prozent.

Volksabstimmung: Ja 947, Nein 9, ungültige Stimmen 6.

Reichstagswahl: NSDAP. 913, ungültige Stimmen 46.

* Ein schönes Beispiel der Pflichttreue gegenüber Volk und Regierung haben gestern auch die Honnefer Kriegsgesellen, die geschlossen 100prozentig ihrer Wahlpflicht genügten.

2.6 Das Jahr 1942 – Zweiter Weltkrieg

Für einen Vergleich im Zehn-Jahres-Rhythmus standen die HVZ-Ausgaben aus dem Jahr 1943 wie erwähnt nicht zur Verfügung. Deshalb wird für einen Vergleich auf den letzten noch existierenden Band 1 des Jahres 1942 zurückgegriffen.

Während andere lokale Zeitungen bis 1942 „kriegsbedingt“ ihr Erscheinen eingestellt hatten, traf dies auf die HVZ nicht zu. 1942 war der von Deutschland angezettelte Krieg in vollem Gange, die Wehrmacht überrollte weite Teile Europas. Im Sommer allerdings wendete sich das Blatt, vor allem an der Ostfront waren die Verluste auch für die Deutschen erheblich. Mitte November gipfelten die Kämpfe im sogenannten Kessel von Stalingrad.

1942 fällt auf, dass zum einen immer mehr Durchhalteparolen auch in der HVZ abgedruckt wurden und die Erfolge der deutschen Wehrmacht immer mit glorifizierenden Worten dargestellt wurden sowie meistens als Aufmacher behandelt wurden. Das ging vom sogenannten „Wochenspruch“ der NSDAP, welcher immer als erster Artikel im Lokalteil erschien wie etwa am 22. Januar 1942, bis hin zu Erfolgsmeldungen in den Texten im Stil von „schwere Verluste des Feindes an Mensch und Material“.



*HVZ vom
22. Januar 1942,
S. 4*

Montag, 2. Februar 1942

Am 2. Februar 1942 weitete die HVZ ihre Ausgabe auf sechs Seiten aus im Gegensatz zu bis dahin regulären vier Seiten. Neben den zu dieser Zeit üblichen Überschriften wie „Kämpfen und siegen“ oder „Ungewöhnlich hohe Verluste des Feindes“ wurde der Platz gebraucht, um eine Rede Hitlers im Wortlaut abzudrucken. Anlass war der Jahrestag der Machtergreifung. Dazu gab es wiederum keine Einordnung. Im Lokalteil schrieb die Zeitung vielmehr auch das: „Wohl nie seit der Machtübernahme hat das deutsche Volk mit heißerem Herzen das Gedenken dieses geschichtlich so bedeutungsvollen Tages begangen und dabei mit tieferer Ergriffenheit seines großen, unvergleichlichen Führers gedacht als in diesem dritten Kriegsjahr.“ Gemeint war hierbei der 30. Januar als der Tag der Machtergreifung 1933. Der unbekannte Autor endete mit den Worten: „Der gemeinsame Gruß an den Führer und der anschließende Gesang der nationalen Lieder“ seien auch bei der Honnefer Gedenkfeier zum Jahrestag „der bekräftigende Schwur, auch weiterhin treu zusammen zu stehen in Kampf und Opfer für des Vaterlandes Freiheit und Größe“.



HVZ vom 2. Februar 1942, S. 6

Samstag, 9. Mai 1942

Am 9. Mai 1942 druckte die HVZ den Erlebnisbericht des „Gefreiten Hippe“ ab (*Artikel auf der nächsten Seite*). Der angebliche Autor beschrieb in dem Text sein Leben in einer Baukolonne an der Ostfront unter dem Titel „Rheinische Bausoldaten im Winterkrieg“. Die HVZ lieferte hierzu einen Vorspann; die Redaktion suchte sich dafür gezielt das Positivste aus dem Bericht aus und entschärfte so die Ernsthaftigkeit der Lage an der Front. Die Unterüberschrift der HVZ hieß „Mit Humor wird alles geschafft“ und wies darauf hin, dass die Soldaten trotz der Schwere der letzten Monate ihren Humor nicht verloren hätten. Daraufhin wurde ein Tagesablauf beschrieben. Dazu gehörte auch, dass die Versorgung schlecht war, aber selbst das wurde positiv aufgewogen durch die Beschreibung, dass „durch den guten Appetit“ auch das nicht so schlimm sei.

Von Opfern war in dem ganzen Text nicht die Rede. Wenn man bedenkt, dass im Mai 1942 rund 80.000 deutsche Soldaten gestorben sind, die Verluste der anderen Kriegsteilnehmer noch nicht eingerechnet, ist vor allem die Unterüberschrift zynisch und nicht akzeptabel. Bemerkenswert ist, wie die Nähe zum Leser durch die Verwendung des hiesigen Dialekts und regionaler Namen wie „Pitter“ und „Jupp“ erzeugt wurde. Im Vergleich zu den „rheinischen Männern“ musste ein Soldat aus Münster in dem Text sich „Mut zusprechen“, nicht so wie der Rheinländer, der alles mit „Humor“ sehen konnte. Der ganze Erfahrungsbericht wirkt sehr gestellt und darauf ausgelegt, was die Menschen in der Region hören mochten. Vielleicht war er gänzlich erfunden, um gute Stimmung bei den Menschen zu machen; es ging ja schließlich ums Durchhalten.

Dienstag, 2. Juni 1942

Typisch für das Kriegsjahr 1942 waren ständige Erfolgsmeldungen der eigenen Truppen, bei denen sehr häufig die U-Boot-Flotte gelobt wurde. Am 2. Juni 1942 zum Beispiel schrieb die HVZ „924400 BRT im Monat Mai versenkt“. Hier wurde wie üblich nur das „Positive“ hervorgehoben und alle versenkten Schiffe und abgeschossenen Flugzeuge als Erfolg aufgezählt. Hierbei ist darauf zu achten, dass auch an diesem Tag die Erfolgsmeldung der Aufmacher war – und nicht der folgenreiche Angriff der Briten auf Köln, über den weiter unten auf der Seite berichtet wurde.

924400 BRT. im Monat Mai versenkt.

Stolze Erfolge der Kriegsmarine und der U-Boot-Waffe gegen die feindliche Versorgungsschifffahrt. Ueber 350 Panzer und 53 Geschütze in Nordafrika erbeutet oder vernichtet, 2000 Gefangene eingebracht. Englischer Erzbischofshof Canterbury als Beute für den Terrorangriff auf Köln erfolgreich bombardiert.

dnb. Aus dem Führerhauptquartier, 1. Juni. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

An der Ostfront wurden eigene örtliche Angriffe erfolgreich durchgeführt. Vereinzelt Angriffe des Gegners wurden abgewiesen. Die Luftwaffe behauptete mit starker Wirkung militärische Ziele in Stadt und Hafen von Sewastopol.

In den Gewässern von Marmanit beschädigten Sturzkampfflugzeuge zwei große Frachtschiffe durch Bombentreffer.

In Nordafrika wurden britische Gegenangriffe unter hohen Verlusten des Feindes abgeschlagen. Deutsche und italienische Jäger schossen am gestrigen Tage in Luftkämpfen 24 britische Flugzeuge ab. Im Verlauf der bisherigen harten Kämpfe brachten deutsche und italienische Truppen über 2000 Gefangene ein und vernichteten oder erbeuteten über 350 Panzerkampfwagen, 53 Geschütze und zahlreiches anderes Kriegsmaterial.

An der Kanalküste verlor der Feind am gestrigen Tage 19 Flugzeuge.

Für Begehung für den Terrorangriff der britischen Luftwaffe auf die Innenstadt von Köln griffen starke Kampffliegerkräfte in der letzten Nacht den Erzbischofshof in Südengland mit Tausenden von Spreng- und Brandbomben an. Die in geringer Höhe und bei guter Sicht anliegenden Verbände beobachteten große Brände.

Einzelne britische Flugzeuge unternahmen in der Nacht zum 1. Juni wirkungslos Störflüge in das westdeutsche Gebiet.

Der Kampf gegen die Versorgungsschifffahrt Großbritanniens und der Vereinigten Staaten war im Monat Mai besonders erfolgreich. Kriegsmarine und Luftwaffe versenkten 176 feindliche Schiffe mit zusammen 924400 BRT. Außerdem wurden 86 Schiffe durch Bomben- oder Totpedotreffer zum Teil schwer beschädigt. An diesen Erfolgen hat die Unterseebootwaffe, wie schon durch Sondermeldung bekanntgegeben, mit der Versenkung von 140 Schiffen mit zusammen 767400 BRT, besonderen Anteil.

Bei den letzten Kämpfen auf der Halbinsel Kertsch hat sich der Oberbefehlshaber der Wehrmacht besonders ausgezeichnet, daß er in einem Einbruchgebiet trotz starken feindlichen Feuers allein in eine Höhle eindringt und durch deren Sprengung die Gefangenahme von 9 Offizieren und 650 Mann ermöglichte.

Bei den Erfolgen deutscher Unterseeboote vor der amerikanischen Küste hat sich das Boot des Kapitänlieutenants Winter besonders ausgezeichnet.

Bei dem britischen Luftangriff auf Köln haben die dort eingesetzten Luftschiffkräfte ungeachtet eigener Verluste durch Tapferkeit und besonderen Mut eine größere Ausdehnung der Brände verhindert.

dnb. Aus dem Führerhauptquartier, 1. Juni. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Oberrittmeister N. der beherztigen Norddeutsche, hat nicht dem Kommandeur die meisten Einträge hinter sich und ist in der gegenwärtigen Schlacht südlich Charkow ebenfalls zum 400. Male mit seiner Bombenlast gegen den Feind gefahren. Er trägt das Deutsche Kreuz in Gold. In seiner Staffel gibt es keinen Flugzeugführer mit weniger als hundert Feindsiegen. Am Kanal erhielt er einen Kopfschlag durch eine ihn verfolgende Spitzirre-Maschine, als er seine Sturzflugbremse nicht mehr einbrachte und mit beschleunigter Geschwindigkeit den Verbund verlor. Und dennoch kam er im Tiefflug auf das Zielband, wo französische Savern ihn auf einem Karren ins Kasarett brachten.

„Die Vernichtungsschlacht bei Charkow war die allergrößte“

Schilderungen eines finnischen Korrespondenten.

dnb. Helsinki, 1. Juni. Der Berliner Berichterstatter der Zeitung „Helsingin Sanomat“, der das Schlachtfeld von Charkow besuchte, schreibt: Die Vernichtungsschlacht südlich von Charkow gehört zweifellos zu den größten in der Kriegsgeschichte der ganzen Welt. Als Vernichtungsschlacht war sie auch die allerblutigste und grauenvollste. Wegen ihrer operativen Entlohnung ist sie ein klassisches Schulbeispiel. Auf beiden Seiten war alles mit mathematischer Genauigkeit geplant, aber nur die deutsche Armee konnte ihre Aufgabe lösen. Dies ist, wie sich auf dem Schlachtfeld feststellen ließ, auf das gründlichste geschehen.

Offenbar war Timoschenkos Hauptziel, die in der Umgebung von Charkow lebenden deutschen und rumänischen Truppen in einer großen Umfassungsbewegung von Süden her vollständig einzuschließen und Charkow, die Hauptstadt der Ukraine und das Lieblingsland der Bolschewisten, um jeden Preis zurückzuerobern.

Der wahnwitzige britische

HVZ vom 2. Juni 1942, S. 1

Der wahnwitzige britische Terrorangriff auf Köln.

Köln, 1. Juni. In der Nacht zum 31. Mai haben britische Nachtbomber durch Minen- und Sprengbomben gegen Köln einen Terrorangriff unternommen, der sehr großen Beschädigten im Grolde hatte. Köllig planlos sind fast in allen Stadtteilen die Wohnquartiere in verheerenden Wellen, vor allem mit Brandbomben, belegt worden. Unter anderem wurde die Gewandung der KZB, völlig zerstört; ebenso wurden mehrere große Geschichtshäuser und Schulen vernichtet. Das Polizeipräsidium, die Wesse, mehrere Geschichtshäuser und Schulen sowie drei Kirchen und zwei Krankenhäuser wurden schwer beschädigt. Vor allem entzündeten Zerstörerbomben in vielen Stadtteilen. Dem beherzten Angriff der Kölner Bevölkerung, die ohne Rücksicht auf die Gefahr sofort die energische Bekämpfung der Brandbomben in Angriff nahm, ist es zu danken, daß trotz starken Windes viele Brände sofort auf ihren Herd beschränkt werden konnten. Der organisierte tatsächliche Einsatz der gesamten Parteiformationen, der Wehrmacht und aller freiwilligen und städtischen Sicherheitsstellen wurde sofort nach Beginn des Angriffs veranlaßt, so daß der Bevölkerung jedwede mögliche Hilfeleistung gesichert wurde. Für die durch die Brände obdunkelten Gemächern ist sofort eine umfassende Hilfsaktion eingeleitet worden. Das disziplinierte Verhalten der gesamten Bevölkerung und die gegenseitige Nachbarnhilfe waren über jedes Lob erhaben. Die Zahl der Todesopfer beträgt bis Sonntagabend 117. Mit einer Erhöhung dieser Zahl muß noch gerechnet werden. Mit dem Terrorangriff in der Nacht zum 31. Mai auf die Zivilbevölkerung Kölns haben die britischen Bomber auch den letzten Schein, als richteten sich ihre Angriffe gegen militärische und wehrwirtschaftliche Ziele, vollkommen fallen lassen. Dieser Angriff gleich in vollem Umfange der Tat eines Wahnsinnigen, der selbst nicht mehr ein und aus weiß und nun in seinem Zornismus seine Zerstörungswut an wehrlosen friedlichen Bürgern, Frauen, Kindern und Kindern ausläßt. Der Bevölkerung hat sich in allen Kreisen tiefe Empörung und Zorn bemächtigt über diese britische Anwesenheit. Wenn die Briten glauben, mit ihrem Terrorangriff eine Panikstimmung oder eine Zerstückung des Widerstandswillens erreichen zu können, so haben sie damit das gerade Gegenteil erzielt. In den Unterbringungs- und Verpflegungsräumen wurde für die Zerstörungsarbeiten sofort sowohl von den Stellen der Partei als auch in nachbarschaftlicher Hilfe und von der Stadtwartung in ruhiger Gelassenheit nach besten Kräften gesorgt. Die Geschädigten selber, die zum Teil all ihre Gab und Gut verloren haben, bewahren eine bewundernswürdige Ruhe und vorbildliche Disziplin. Tiefsten Absicht befreit die gesamte Bevölkerung, vor allem über die bei diesem Angriff in besonderer Bewusstheit genies getretene jüdische Zerstörung von Nachbarn, Kirchen, Krankenhäusern und Schulen. Die Bevölkerung Kölns, die im Verlaufe des Krieges schon so oft ihre vorbildliche Haltung bewiesen hat, hat auch bei

dem Terrorangriff in der Nacht zum 31. Mai aufs neue gezeigt, daß sie im letzten Glauben an den Sieg nach gegen die schmerzlichen Heimtückungen gemümpelt ist und daß sie den entschlossenen Willen hat, sich von dem Feindterror nicht unterliegen zu lassen.

Der wuchtige Vergeltungsschlag für den Terrorangriff auf Köln.

Reuter: Canterbury ein Raub der Flammen.

Berlin, 2. Juni. „Der Vergeltung für den Terrorangriff der britischen Luftwaffe auf die Innenstadt von Köln gefolgt“, so meldete der DNB-Bericht am Montag, starke Kampfpliegerkräfte in der letzten Nacht den Völkern von Canterbury in Südost-England mit Tausenden von Spreng- und Brandbomben an.“ Das englische Nachrichtenbüro Reuter schreibt über die Richtung dieses deutschen Vergeltungsschlages: „In den frühen Morgenstunden des Montag unternahm die Luftwaffe bei hellem Mondenschein einen Vergeltungsangriff auf die berühmte Kathedralestadt Canterbury. Zahlreiche Geschäftegebäude gingen in Trümmer. Zerstörer Schiffe noch in der Sonne des Juni-Morgens an vielen Stellen der Altstadt. Gebäude, die Jahrhunderte lang gestanden haben und Canterbury zu einer der schönsten Städte Englands machten, sind fast vollkommen ein Raub der Flammen geworden, die durch die engen Straßen Canterburys wälzten.“

„In Anbetracht der Wildheit des Angriffs“, so fügt Reuter hinzu, „sind die blühenden Gerichte, die man glaubt, gering.“

Reuter muß dann zugeben, daß zum Glück der Brande zahlreiche Feuerwehren aus den umliegenden Bezirken eingesetzt werden mußten, und läßt dann einen Feuerwehmann zu Wort kommen, der erklärt: „Der Feuerchein sah furchtbar aus, als wir uns der Stadt näherten. Die Bevölkerung der Stadt mühte sich am anderen Morgen ihren Weg über Trümmer, Feuerwehrgelände und schmelzendes Geschäl bahnen. Die Schüler der Innenstadt haben unter dem Bombenangriff schwer gelitten.“

Wenn selbst das Nachrichtenbüro, das bekanntlich immer mehr oder weniger die Wahrheit sagt, in diesem Stil berichtet, läßt sich ersehen, mit welcher Wucht und Wirkung dieser neue Vergeltungsangriff der Luftwaffe geführt wurde.

Die Stadt Canterbury, die in der Nacht zum 31. Mai zum 1. Juni das Ziel eines Vergeltungsangriffs der deutschen Luftwaffe war, liegt in der Groldeoffenheit Kent an der Straße Dover-London. Es ist eine altertümliche Stadt mit etwa 24 000 Einwohnern, mehrheitlich alten Gebäuden und engen Straßen. Seit den Zeiten von Thomas Becket ist Canterbury die kirchliche Metropole und der Sitz des Erzbischofs von England. Canterbury ist durch von Wälfen belegt. Wälfenstadt hat es als Krebsdrüsenbelegplatz, Straßen und Eisenbahnstationen umgeben.

HVZ vom 2. Juni 1942, S. 1

Unter der Überschrift „Der wahnwitzige britische Terrorangriff auf Köln“ wurde auch der Angriff auf Köln vom 30. auf den 31. Mai zu Propagandazwecken genutzt. Hierbei handelte es sich um den Start der sogenannten „Operation millenium“, bei der viele weitere Angriffe folgten. Schon der Begriff „Terrorangriff“ war präzise gewählt und erweckte den Eindruck der Willkür von Seiten der Engländer. Der Angriff wurde heruntergespielt, indem die HVZ schrieb, er sei „völlig planlos“ erfolgt. Selbst in einem solchen Bericht fand man die Möglichkeit, deutsche Bürger zu loben. So hätte der „beherzte Einsatz“ der Kölner und das „disziplinierte Verhalten Schlimmeres verhindert“. Im Artikel wird herausgestellt, dass „die britischen Bomber auch den letzten Schein, als richteten sich ihre Angriffe gegen militärische und wehrwirtschaftliche Ziele“ fallengelassen

hätten. „Dieser Angriff glich in vollem Umfang der Tat eines Wahnsinnigen, der selbst nicht mehr ein noch aus weiß und nun in seinem Sadismus seine Zerstörungswut an wehrlosen, friedlichen Bürgern, Frauen, Greisen und Kindern auslässt“, so der Bericht.

Tatsächlich war dieser Angriff das erste Flächenbombardement der Briten auch auf zivile Ziele. Allerdings war dies eine Reaktion auf die vorausgegangenen Angriffe der Deutschen, die zum Beispiel schon 1940 die Zerstörung von Coventry verantworteten, bei der die ganze Stadt in Schutt und Asche gelegt wurde und 500 Menschen starben. Die HVZ schrieb jedenfalls, in Köln seien 117 Menschen gestorben. Historiker gehen bei dem einen Angriff von mindestens 490 Todesopfern und 45.000 Obdachlosen aus sowie 2500 Bränden. Solche Zahlen durften natürlich nicht erwähnt werden.

2.7 Das Jahr 1949 – Nachkriegszeit

Mit dem Kriegsende stellte die HVZ ihr Erscheinen ein und hatte damit länger bestanden als viele andere Zeitungen im Dritten Reich. Am 1. Oktober 1949 erschien die HVZ nach viereinhalb Jahren Pause erstmals wieder.

Samstag, 1. Oktober 1949

In der ersten Ausgabe der HVZ nach dem Kriegsende wurde das Nicht-Erscheinen in den vorangegangenen Jahren nicht erklärt, sondern es wurde zum Tagesgeschäft übergegangen. Das Einzige, was auf die Unterbrechung hindeutete, waren zwei kleine Artikel mit den Titeln „An unsere treuen Leser“ und „Ich sin widde doh“. Der zweite Artikel von Franz-Josef Schneider, welcher ein bekannter Heimatdichter war, war ganz in der

rheinischen Mundart verfasst. Dies erschuf ein Gefühl von Heimat und Nähe zur Leserschaft, sicher kein Zufall. Das war auch der Inhalt der beiden Texte, mit denen sich bei den Lesern für die Treue und „freudige Wiederaufnahme“ bedankt wurde. Schneider verglich das Wieder-Erscheinen mit der „Entlassung aus der Gefangenschaft“; ein grenzwertiger Vergleich, bedenkt man die Lage, dass sich 1949 immer noch Menschen in Kriegsgefangenschaft befanden und viele Soldaten nicht mehr zurückkehrten. Aufgegriffen wurden ansonsten Aspekte der Zeitung, zum Beispiel das tägliche Erscheinen, und dass sie wie zuvor auch „von Honnefern für Honnefer“ gemacht werde. Vergangenheitsbewältigung war Fehlanzeige. Es war, als beginne man komplett neu.

2.8 Verlauf der sprachlichen Darstellung 1923 bis 1942

Die ausgewählten Artikel aus den Jahren 1923, 1933 und 1942 zeigen, dass sich vor allem ab 1933 sowohl die Auswahl der Texte als auch Platzierung und Darstellung zu Gunsten der NSDAP veränderten. Hitler wusste – wie bereits unter 2.3 angeführt – um die Bedeutung des Wortes und damit der Presse, um die Menschen in seinem Sinne zu beeinflussen. Ziel war es, Hass zu erzeugen, vor allem gegenüber den Juden, aber auch gegenüber dem Ausland. Dann ging es darum, Hitler als „Führer“ zu verherrlichen und gottgleich darzustellen. Bis 1937 wurde beabsichtigt, im In- und Ausland den Willen zum Frieden vorzutäuschen.

Spätestens ab 1939 kam die Kriegspropaganda auf und es wurde Stimmung gemacht gegen das „Weltjudentum“, „Weltdemokratie“ und „Weltbolschewismus“.

Menschen in Russland wurden als „unzivilisiert und unterentwickelt“ dargestellt, damit man sie ohne schlechtes Gewissen bekämpfte. Beson-

ders häufig „waren verzerrte beziehungsweise erfundene militärische Artikel, die ständig über Siege der deutschen Armee berichteten, was allerdings sehr stark von der Realität abwich“.

Beispiele der Beeinflussung der Leser fanden sich auch in den vorherigen angeführten Artikeln der HVZ. So war von „Greuelpropaganda“ im Ausland die Rede und so wurde ein bestimmtes Bild beim Leser erzeugt, dass die Deutschen missverstanden und auch bedroht seien und zusammenhalten müssten, um sich dagegen wehren zu können. Des Weiteren wurden Verschwörungstheorien in die Welt gesetzt wie „Der geschlagene Marxismus und die Juden trügen am Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland Schuld“, „Man wolle jedes Mittel ergreifen, um Zucht, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten“ und „Die Welt werde es Deutschland danken müssen, dass die kommunistische Welle auf deutschem Boden zum Stillstand gebracht und die abendländische Kultur gerettet sei“. Mit diesen Worten aus dem Artikel „Gegen die Greuelpropaganda“ vom 27. März 1933 wurde schon sehr bald nach der Machtergreifung klar, wohin das Machtstreben der NSDAP führte. Gezielt wurden Vorurteile und Angst geschürt – und von der HVZ verbreitet. Damit verhalf sie der NSDAP eben auch mit zur Macht.

Für die Vortäuschung des Friedenswillens ist der Artikel „Der Höhepunkt des deutschen Einigungswerkes“ vom 18. Mai 1933 ein gutes Beispiel, da schon in der Unterüberschrift geschrieben wurde: „Deutschland will nur gleichberechtigt sein – Hitlers leidenschaftliches Bekenntnis zum Frieden“. In beinahe allen Artikeln, die Adolf Hitler erwähnen, findet auch eine Glorifizierung zum „Übermenschlichen“ statt. Anhand des Artikels „In Dankbarkeit und Treue gedenkt das deutsche Volk seines Führers“ vom 20. April 1942 aus Anlass der Geburtstagsfeier Hitlers am Vorabend lässt sich das gut herausarbeiten. Hier war von „unbeschreiblichen Gefühlen“ gesprochen, welche „das deutsche Volk ergreifen“ aufgrund von Hitlers Geburtstag. Des Weiteren habe Hitler „ein politisches und strategisches Genie“ und er wurde mit Friedrich dem Großen verglichen. Mit Worten wie „unbeugsam und leuchtend“ wurde er verherrlicht und auf

ein nicht zu erreichendes Podest gestellt. Auf derselben Seite wurde die Rede zum Geburtstag Hitlers von Reichmarschall Göring abgedruckt, in der auch vom „Endsieg“ die Rede war. Es zog sich durch die gesamte Berichterstattung im Kriegsjahr 1942, dass deutsche „Erfolge“ immer überhöht und auch verzerrt dargestellt wurden, wie unter 3.6.3 angeführt.

Während der Erarbeitung der Facharbeit ließ sich somit ein deutlicher Verlauf erkennen. 1923 war Hitler noch ein „Schwächling und Hysteriker“, so wird ein Redner zitiert. Da war die Stimmung auch in der HVZ noch gegen ihn. Nach dem Hitlerputsch verschwand er von der Bildfläche und wurde nicht mehr beachtet. 1933 traute man ihm zunächst zu, eine Regierung zu bilden und er wurde als „gute Option“ gesehen. Schon wenige Monate später wird sein totalitärer Anspruch nicht mehr angezweifelt bis hin zu 1942, da er allmächtig herrscht und nicht hinterfragt wird.

3.0 Fazit

Anders als viele andere Zeitungen in Deutschland ist die Honnefer Volkszeitung bis 1945 durchgängig erschienen. Generell wurden ab 1933 viele Zeitungen geschlossen, vor allem wenn Journalisten und Herausgeber sich nicht an die von der NSDAP vorgegebenen Regeln hielten. Repressalien und Berufsverbote kamen häufig vor. Wenn man von „kriegsbedingt“ Ende einer Zeitung sprach, konnte das wohl auch heißen, dass kritische Zeitungen eingestellt wurden und Journalisten nicht weiterarbeiten durften.

Bei der HVZ war das anders. Schon das lässt den Schluss zu, dass sie zumindest nicht unbequem berichtete und keinen Anlass für Verbote gab. Bereits vor der Machtergreifung der Nazis ist den Artikeln sogar Zustimmung zum Kurs der NSDAP deutlich anzumerken. Lange bevor die Pres-

segesetzgebung der Nazis, vor allem durch das Schriftleitergesetz, in Kraft war und das Propagandaministerium komplett bestimmte, was berichtet wurde und wie, berichtete die HVZ konform mit den Machthabern. Laut dem Historiker Klein hatte die HVZ aber auch zu kämpfen, weil ihr ab 1928 viele Leser den Rücken zuehrten. Nicht alle Leser glaubten den Berichten. Und stramme NS-treue Honnefer lasen die Parteiblätter, die eine Konkurrenz für die HVZ waren und sogar Büros in der Region hatten. Der Verleger der HVZ trat jedenfalls schon 1933 der NSDAP bei und sagte später, das sei wirtschaftlich wichtig gewesen.

Die Texte, die 1933 und deutlicher noch im Kriegsjahr 1942 erschienen, erwecken den Eindruck, dass sie nicht mehr von Journalisten, sondern von Propagandisten geschrieben und dann eins zu eins gedruckt wurden. Dazu gehörte, dass man Andersdenkende wie aus SPD und Kommunistischer Partei als „Bolschewisten“ bezeichnete oder über Repressalien gegen diese und andere Gruppen einfach gar nicht berichtete.

Die Auswertung der Artikel aus jener Zeit ergibt dasselbe Bild, wie es der Historiker Ansgar Klein beschrieben hat: Die HVZ war auch im Gegensatz zu anderen Lokalzeitungen im Siebengebirge „linientreu“, wurde somit zu einem Erfüllungsgehilfen des Regimes. Laut Klein blieb das aber auch für die Zeitung nicht ohne Folgen: Die Zahl der Leser ging zurück. Als lokale Tageszeitung meldete sich die HVZ dann 1949 zurück, als sei nichts gewesen.

4.0 Quellenverzeichnis

Honnefer Volkszeitung, 40. Jahrgang, 1923

Honnefer Volkszeitung, 50. Jahrgang, 1933

Honnefer Volkszeitung, 59. Jahrgang, 1942

Honnefer Volkszeitung, 63. Jahrgang, 1949

Sösemann/ Lange, Propaganda, Nr. 1025 „Joseph Goebbels: Rede vor der deutschen Presse anlässlich der Verkündung des Schriftleitergesetzes in Berlin (4.10.1933). In: Deutsches Pressemuseum im Ullsteinhaus e.v./ dpmu.de

Loose, Hans-Werner, „Kleinste Zeitung von NRW gibt aus“, In: Welt am Sonntag online, (26/Mai/2002)

Sülzen, Claudia, „Abschied von einem Stück Zeitungsgeschichte“, in: General-Anzeiger Bonn (28/Juni/2002)

Gilbert, Ursula, „Düstere Zeiten – Honnef unterm Hakenkreuz“, in: „150 Jahre Stadt Bad Honnef zwischen Rheinstrom und Burgen“, Heimat- und Geschichtsverein Herrschaft Löwenburg e.V. (HRSG)

Klein, Ansgar Sebastian, „Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus im Siebengebirge“; Erste Auflage Februar 2008

<https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/presse-im-dritten-reich/>

Heidenreich/Neitzel, „Medien im Nationalsozialismus

<https://www.dhm.de/lemo/biografie/joseph-goebbels>

<http://pressechronik1933.dpmu.de/joseph-goebbels-rede-vor-der-deutschen-presse-anlasslich-der-verkundung-des-schriftleitergesetzes-in-berlin-4-10-1933/>

<https://www.yadvashem.org/de/holocaust/about/nazi-germany-1933-39/beginning-of-persecution.html>.

<https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/epochen-und-themen/epochen/1933-bis-1945---Nationalsozialismus-und-zweiter-weltkrieg-/DE-2086/.lido/.57ab25d840b824.40615976>

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/winterschlacht-194142.html>

Overmanns, Rüdiger: „Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg“, München: Oldenbourg 1999

<https://www.google.de/amp/s//www1.wdr.de/stichtag/stichtag-tausend-bomber-angriff-koeln-100.amp>

<https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/presse-im-dritten-reich/>

5.0 Anhang

- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1923-11-10>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1923-11-14>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-01-31>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-02-04>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-03-25>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-03-27>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-04-27>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-05-27>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-06-30>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-07-15>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-08-25>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-10-14>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-10-27>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-10-31>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-11-06>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-11-08>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-11-13>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1933-12-02>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1942-01-22>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1942-02-02>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1942-05-09>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1942-06-02>
- <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/date/day/3195037?d=1949-10-01>